

Aufheben!

Alle Zusen-
dungen ein-
schließlich
Anzeigen an
die Kammer

Ostpommersche Wirtschaft

Im Auftrage der Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Köslin
zu Stolp herausgegeben von ihrem Syndikus Dr. Sievers, Stolp

Oktober 1933

Jahrgang 10
Nummer 5

Nachdruck
nur mit
Quellen-
angabe
erwünscht

Bezugspreis: jährlich 5 RM. Anzeigenpreise: $\frac{1}{2}$ Seite 45,— RM, $\frac{1}{4}$ Seite 27,— RM, $\frac{1}{8}$ Seite 16,— RM, $\frac{1}{16}$ Seite 9,— RM

Pommersche Bank

Aktiengesellschaft

Stolp, Stephanplatz 2

vorm. Stolper Bank

Aktienkapital und Reserven: 3 Millionen RM

Reichsbankgirokonto

Fernruf: Sammel-Nr. 2811

Postscheckkonto: Stettin 1519

Telegramm-Adresse: Pommernbank

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Bedingungen

Kredite — Vermögensverwaltung — Beratung

Zentrale: Stettin

Filialen: Anklam, Bergen a.R., Cammin, **Falkenburg**,
Greifswald, **Köslin**, **Kolberg**, **Lauenburg**, **Neu-**
stettin, Putbus a. R., Schivelbein, **Schlawe**, **Stolp-**
münde, Stralsund, Swinemünde, Treptow a. Rega,
Wollin

Nachttresor

Stahlkammern

Danziger Privat-Actien-Bank

Gegründet 1856

KÖSLIN

Markt 16

STOLP i. Pom.

Bismarckplatz 21

LAUENBURG i. Pom.

Paradestraße 20

Auskunfterteilung in allen Geldangelegenheiten

Spar-Konten

Kredite

Scheckverkehr

Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft.

Bekanntlich haben die Wirtschaftsverbände die „Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ ins Leben gerufen, um die vielen Einzelsammlungen durch eine einheitliche zentral geleitete Sammlung abzulösen. Es handelt sich hierbei um eine vom 1. Juni 1933 bis 31. Mai 1934 vorgesehene Sammlung. Der Betrag ist in vier Raten zu zahlen. Die erste Rate war, wenn nicht bereits die Spende für das ganze Jahr bezahlt worden ist, im Juni, die zweite Rate am 15. September fällig, die dritte und vierte Rate sind am 15. Dezember 1933 und 15. März 1934 zu zahlen. Die technische Durchführung der Sammlung liegt im allgemeinen bei den Berufsgenossenschaften. Diesen ist es jedoch nicht möglich, an alle Betriebe heranzukommen, und ebenso erfassen die Wirtschaftsverbände nicht sämtliche Wirtschaftsbetriebe, von denen erwartet werden muß, daß sie sich in den Dienst der Sache stellen. An diese noch nicht erfaßten Betriebe ergeht der dringende Ruf, sich ebenfalls an der Spende zu beteiligen. Es muß die selbstverständliche nationale Pflicht jedes Geschäftsmannes sein, nicht abseits zu stehen, sondern die Spende durch seine Teilnahme zum vollen Erfolg zu führen.

Die Spende soll für Industrie und Großhandel 5 v. T. der gesamten Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1932, aber nicht unter 6 RM. betragen.

Die Jahresspende des Einzelhandels soll sich aus einem Grundbetrag und einem Zusatzbetrag zusammensetzen. Als Grundbetrag gilt für jeden Betrieb — Hauptbetrieb und jede Filiale — ein Jahresbetrag von 12 RM. und als Zusatzbetrag für jede in dem Einzelhandelsunternehmen beschäftigte Person ein Jahresbetrag von 6 RM.

Zahlungen können an die Industrie- und Handelskammer in Stolp auf das Postcheckkonto Stettin Nr. 4887 geleistet werden, die nach Zahlung der ersten beiden Raten den Spendenschein aushändigt. Industriebetriebe können daneben auch ihre Spenden auf das Postcheckkonto Berlin Nr. 61200, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Konto „Industriearschuß der Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“, Berlin W. 62, Burggrafenstr. 11, überweisen. Großhandelsbetriebe können ihre Spenden auch an die Dresdner Bank, Depositionskasse Rollendorfsplatz, Berlin, Maaßenstr. 25 (Postcheckkonto Berlin 4005) unter ausdrücklicher Angabe „Adolf Hitler-Spende des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Ueberseehandels e. V.“ abführen.

Weitere Einzelheiten teilt die Kammer auf Wunsch gern mit.

Wir verweisen hierzu auch auf den Bericht über die Sitzung des Arbeitsbeschaffungsausschusses des Industrie- und Handelstags in dieser Nummer S. 56/57.

Die Industrie- und Handelskammer.

Der Präsident:
Pieper.

Der Syndikus:
Dr. Sievers.

Kartell der Auskunfteien Bürgel

Kreditfähigkeit + Bezugsquellen + Absatzgebiete

erteilt Auskünfte über

etwa 300 Auskunftstellen

Inkassoabteilung

Auskunftsstelle in Stolp, Hitlerstraße 19.

Fernsprecher 2743

Industrie- und Handelskammer.

Staatsauszeichnung bei 50 jährigen Arbeitsjubiläen.

Bei der Feier eines fünfzig- oder mehrjährigen Arbeitsjubiläums wird der Jubilar auf Antrag staatlicherseits durch ein Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben — bei sechzig- und mehrjährigen Jubiläen seitens des Herrn Ministerpräsidenten, im übrigen seitens des zuständigen Ministers — ausgezeichnet.

Entsprechende Anträge sind in geeigneten Fällen und, wenn es feststeht, daß die Uebersendung eines solchen Glückwunsch- und Anerkennungsschreibens den Wünschen der Beteiligten entspricht und von ihnen als ehrende Auszeichnung empfunden werden würde, an den Herrn Regierungspräsidenten zu richten. Die Anträge müssen insbesondere über folgende Punkte nähere Angaben enthalten: Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf, Wohnort (gf. Straße und Hausnummer), Lebensalter und Staatsangehörigkeit des Jubilars, seine Würdigkeit, Name (Firma) und Art des Betriebes des Arbeitgebers, Dauer und Art der ununterbrochenen Dienstleistung des betreffenden Arbeiters oder Angestellten, Tag des Jubiläums.

Die Anträge sind von den Firmen, bei denen die Jubilare beschäftigt sind, unmittelbar oder durch Vermittlung der Industrie- und Handelskammer einzureichen.

Firmenjubiläum.

Der Firma Gustav Wenske in Falkenburg sprach die Kammer zum fünfzigjährigen Bestehen des Unternehmens ihre Glückwünsche aus.

Ehrendenkmünzen.

Die Ehrendenkmünze für langjährige treue Dienste in demselben Betriebe wurde verliehen

an	bei der Firma	Ausführung in	Dienstzeit Jahre
Prokurist Max Sielaff	Exportkultur A. G., Kolberg	Gold	35
Kontorist Willi Sielaff	"	Silber	25
Stauaufseher Karl Bästoch	Kraftwerk Glambach- see G. m. b. H., Klein-Ganssen	Bronze	20
Geschäftsführer Paul Busch	Julius Loth G. m. b. H., Köslin	Silber	25
Chaufeur Artur Gruhn	Maschinenfabrik Wenzki Kom.-Ges., Stolp	Bronze	20
Werkmeister Karl Lüd	Gustav Wenske, Falkenburg	Gold	37

an	bei der Firma	Ausführung an	Dienstzeit Jahre
Heizer Anton Radtke	Gustav Wenske, Falkenburg	Bronze	25
Arbeiter Hermann Boeck	"	Bronze	20
Weberin Minna Haack	"	Bronze	20
Maschinist Rudolf Willasch	Stärke-Zuckerfabrik- Actiengesellschaft vorm. C. A. Roehl- mann & Co., Stolp	Bronze	25
Borarbeiter Karl Schulz	"	Bronze	25
Bierfieder August Gabbey	Sternbrauerei R. W. Hendemann, Stolp	Bronze	25
Überingenieur Paul Rieseler	Allgemeine Elektrici- tätsgesellschaft, Büro Stolp	Gold	40
Maschinist Hermann Wilm	C. Fuhrmann, Bad Polzin	Gold	40
Arbeiterin Berta Wendt	"	Gold	41
Bürochef Emil Kreis	"	Silber	33
Arbeiter Theodor Ott	"	Silber	36
Arbeiter Albert Schmehel	"	Silber	36
Arbeiter Gustav Kallies	"	Silber	37
Arbeiter Hermann Zamzow	"	Silber	33
Maschinist Wil- helm Bokrandt	"	Bronze	28
Arbeiter Otto Stresemann	"	Bronze	21
Arbeiter Wilhelm Schmehel	"	Bronze	26
Arbeiter Albert Zimmermann	"	Bronze	23
Arbeiter Hugo Gehrke	"	Bronze	21
Maschinist Gustav Kiesow	"	Bronze	24

Ständige Ausschüsse des Deutschen Industrie- und Handelstags.

Die ständigen Ausschüsse des Deutschen Industrie- und Handelstags sind nach neuen Gesichtspunkten errichtet wor-

den. Der Präsident unserer Kammer, Major a. D. Pieper-Stolp, gehört dem Arbeitsbeschaffungsausschuß an.

Sitzungen.

An der Sitzung einer Sachverständigenkommission für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der nordostdeutschen Industrie- und Handelskammern am 4. August d. J. in Stettin und ebenso an einer Besprechung in Stolp über Fragen der Arbeitsbeschaffung im Bereich des Stadtkreises Stolp am 7. August d. J. nahm als Vertreter der Kammer ihr 3. stellvertr. Präsident, Mühlenbesitzer Kauffmann-Stolp teil, an einer Sitzung über die gleichen Fragen im Stolper Landkreise der Kammerpräsident. Einer Einladung des Verbandes der weiblichen Angestellten in Stolp zur Monatsversammlung am 5. September d. J. leistete als Vertreter der Kammer K.M. Dr. Wunder Folge. Bei der 600-Jahrfeier der Gründung der Stadt Falkenburg vom 16. bis 18. September d. J. war als Vertreter der Kammer K.M. Treptow-Falkenburg anwesend. Einer Feier der kaufmännischen Berufsschule Köslin am 24. September d. J. anlässlich ihres 25 jährigen Bestehens wohnte der 1. stellvertr. Präsident, Kaufmann Kapische-Köslin bei. Der Präsident der Kammer nahm am 18. September an einer Besprechung mit dem Treuhänder der Arbeit in Stettin, am 22. September an einer Zusammenkunft zur Besprechung ostdeutscher Fragen in Berlin und am 4. Oktober an der Sitzung des Arbeitsbeschaffungsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstags in Berlin teil.

Zu einer vom Landesfinanzamt auf den 20. September nach Stettin einberufenen Besprechung zur Vorbereitung der Einheitsbewertung 1934 der bebauten Grundstücke wurde Steuersyndikus Dr. Granzow entsandt.

Personal.

Die Kammer hat ihrem Bürovorsteher Stark die Dienstbezeichnung als Bürodirektor, ihrem Bürogehilfen Volkmann die Bezeichnung Obersekretär beigelegt.

Rechtspflege.

Die Grundlagen des neuen Wirtschaftsrechts.

Der vom Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstags, Dr. von Kenteln, berufene Rechtsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags trat am 15. September zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Corves, Würzburg, umriß in seiner Begrüßungsansprache die Aufgaben des Ausschusses im neuen Deutschland. Er betonte, daß das deutsche Recht aus dem Rechtsgefühl des Volkes geboren sein und vom Volk verstanden werden müsse. Unter diesem Gesichtspunkt bedürfe das deutsche Wirtschaftsrecht vielfach einer Aenderung oder Neufassung; in vielen Fällen seien aber auch neue Gesetze erforderlich, um in den letzten Jahren entstandene Mißstände zu bekämpfen. Rechtsnormen, die nicht deutschem Rechtsempfinden entsprechen, müssen beseitigt und durch ein arteiliges deutsches Recht ersetzt werden, Rechtsnormen, die nicht mehr der Zeit und der Entwicklung entsprechen, müssen ebenfalls ausgemerzt und ersetzt werden. Schließlich müssen die Rechtsnormen, die seit dem Ausbruch von 1918 entstanden sind, verschwinden, sofern sie dessen Geist der Zerfahrenheit atmen. Das neue deutsche Wirtschaftsrecht müsse getragen sein von

den hohen Idealen des Nationalsozialismus.

Sodann ergriff der Reichsjustizkommissar, Minister Dr. Frank, das Wort zu programmatischen Ausführungen, die von der Versammlung mit stürmischem und begeistertem Beifall entgegengenommen wurden. Der Minister ging aus von der Frage nach dem Sinn der Rechtsreform. Er unterstrich aufs nachdrücklichste die Forderung, daß nicht etwa die Wirtschaft den Staat bestimmen dürfe, sondern daß vielmehr der Staat die Wirtschaft zwar fördern und sichern, damit aber auch bestimmen müsse. Nationalen Erfordernissen gegenüber haben auch die Belange der Wirtschaft zurückzutreten. Damit steigt die Verantwortung des Staates für die Wirtschaft. Er hat die Pflicht, sie gegen jedermann zu schützen. Ein wesentlicher Faktor dieses Schutzes liegt im Wirtschaftsrecht, in dem sich die Sicherungsfaktoren sammeln, die der Staat der Wirtschaft bietet.

Der Reichsjustizkommissar betonte, daß der schöpferische und verantwortungsbewußte Wirtschaftsführer im neuen Deutschland wieder zu seinem Recht kommen werde. Die Tendenzen der Unpersönlichkeit und der Anonymität, die in den letzten Jahren stark geworden sind, gilt es zu bekämpfen, nicht nur vom Staat aus, sondern auch die Wirtschaft wird hieran mithelfen wollen. Die ungesunde Ausdehnung der staatlichen Regiebetriebe wird durch die Schließung staatseigener Betriebe zurückgedrängt werden. Der Nationalsozialismus hat sich zu dem Gedanken eines gesunden Privateigentums bekannt. Dieses gesunde Privateigentum ist in den letzten Jahren der marxistischen Mißwirtschaft durch eine unmoralische Gesetzgebung, deren Abbau notwendig ist, zerstört worden. Die deutsche Wirtschaft hat jetzt zum ersten und einzigen Mal in der Welt die Sicherheit, über sich eine starke und dem persönlichen Unternehmer freundlich gesinnte Staatsgewalt zu haben. Die überlegene Wirtschaftsführung des Führers Adolf Hitler hat bereits jetzt schon alle Verleumdungen widerlegt, denen er sowohl von marxistischer wie liberalistisch-kapitalistischer Seite in der langen Zeit seines schweren Kampfes ausgesetzt war.

Die Rechtsreform wird sich erstrecken einmal auf alle die Normen, die mit dem Wirtschaftsleben unmittelbar zu tun haben und gewissermaßen als das engere Wirtschaftsrecht deren Hausordnung darstellen, zum anderen auf die der allgemeinen Rechtsordnung zuzurechnenden Gesetze. Der Minister sagte zu, daß auf dem Gebiete des eigentlichen Wirtschaftsrechts nichts geschehen wird, ohne daß maßgebliche Vertreter der Wirtschaft hinzugezogen werden, wenn auch nicht auf dem Boden eines endgültig begrabenen Parlamentarismus, so doch als beratende Fachleute. Es sei ein Wahnsinn gewesen, Wirtschaftsgesetze in Parlamenten durchzupeitschen und auszuhandeln, deren Mitglieder in den meisten Fällen von dem Inhalt der Gesetze nichts verstanden haben oder in ihren Entschliessungen sich von unsachlichen Gesichtspunkten bestimmen ließen.

Hinsichtlich der allgemeinen Rechtsordnung werde die Wirtschaft die Sicherheit haben, daß die Rechtsverfolgung billig, sicher und rasch funktionieren wird. Mehr kann die Wirtschaft nicht von ihr verlangen. So wird der Wirtschaft binnen kurzem ein neuer verbesserter Zivilprozeß zur Verfügung stehen. Der Minister warnt in diesem Zusammenhang vor einer ungesunden Steigerung des Schiedsgerichtswesens; der neue starke Staat wünscht, daß für die Entscheidung von Streitfragen seine Einrichtungen in Anspruch genommen werden.

Heldische männliche Gesinnung sei auch in der Wirtschaft erforderlich, und der starke Staat werde es sich gerade angelegen sein lassen, der starken Persönlichkeit zu helfen. Aus dieser Gesinnung führt auch der Weg zu dem neuen Sozialismus. Es ist sozialistisch, wenn ein Wirtschaftsführer seine Fähigkeiten und Kenntnisse so in den Dienst der Allgemeinheit des Volkes stellt, daß er aus ihnen heraus deutschen Menschen Brot und Arbeit geben kann.

Der Minister betonte zum Schluß, daß alle Einzelfragen des neuen Rechts in den großen Zusammenhang der neuen Idee hineingestellt werden müssen. Dem Mut und der Stärke des deutschen Wirtschaftsführers sei das Hauptverdienst für die Erhaltung der deutschen Nation in den langen Jahren der Mißwirtschaft zuzuschreiben. Der Minister forderte den Rechtsausschuß zu enger Zusammenarbeit mit den amtlichen Stellen und ständiger Verbindung sowohl mit dem Reichsjustizminister wie mit ihm auf, um in gegenseitigem Benehmen schöpferisch an dem Neubau des deutschen Wirtschaftsrechts zu arbeiten.

Der Ausschuß beriet anschließend an die überaus eindrucksvollen Ausführungen des Ministers, die ihrer programmatischen Bedeutung halber in den Fachblättern im Wortlaut zur Veröffentlichung kommen werden, über das bevorstehende Arbeitsprogramm.

Handelsregistergebühren.

Die Vorstellungen, die vom Deutschen Industrie- und Handelstag und anderen Stellen wegen der Handelsregistergebühren zuständigerorts erhoben worden sind, stimmen, wie uns auf Anfrage mitgeteilt worden ist, darin überein, daß die Handelsregistergebühren stark überhöht sind und daher bei dem Absinken des Ertrages der Unternehmungen in der Krisenzeit herabgesetzt werden müßten.

Diesen Vorstellungen gegenüber ist stets auf die allgemeine Finanzlage des Reiches und der Länder hingewiesen worden. So hat erst im vorigen Jahre der Reichsminister der Justiz auf eine gemeinsame Eingabe der Spitzenverbände zum Ausdruck gebracht, daß die Ausfälle, die aus einer Senkung der Gerichtsgebühren den Ländern erwachsen würden, nur durch eine Erhöhung anderer öffentlicher Abgaben ausgeglichen werden können, eine Entlastung der Wirtschaft also danach nicht eintreten werde. Auch dem Herrn Reichskommissar für die Preisüberwachung, der seine Unterstützung in der Frage der allgemeinen Gebührensenkung zugesagt hatte, ist es nicht gelungen, ein günstigeres Ergebnis durch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen zu erreichen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag wird die Versuche, eine für die Wirtschaft erträglichere Regelung zu erreichen, nicht aufgeben.

Steuern.

Möglichkeiten steuerlicher Entlastung.

Der vom Präsidenten Dr. v. Kenteln berufene Steuerauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags trat am 8. September 1933 zu seiner ersten Sitzung nach der Neukonstituierung zusammen. Der Vorsitzende wies in seinen einleitenden Worten auf die besonderen Schwierigkeiten der Arbeiten gerade dieses Ausschusses hin, der bei seinen Beratungen und Vorschlägen sowohl die Notwendigkeiten der öffentlichen Finanzpolitik wie das berechnete Interesse der Wirtschaft nach steuerlicher Entlastung miteinander in Einklang zu bringen suchen müsse. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die bekannte Auffassung des Führers, wonach die Steuern nach Möglichkeit nicht an der Quelle, sondern im Strom des Wirtschaftsprozesses erhoben werden

sollten. Die kommenden Aufgaben der Steuerpolitik werden insbesondere darin liegen müssen, die Schwierigkeiten, die einem entsprechenden Umbau unseres Steuersystems im Wege stehen, zu überwinden. Die Wirtschaft ist besonders interessiert an dem Abbau übertriebener Belastung gerade durch Senkung der Produktion und den Handel besonders hemmenden Steuern, insbesondere der Realsteuern, an der Lösung des Finanzausgleichproblems und der Zurückführung eines aufgeblähten Verwaltungsapparates auf das notwendige Maß.

Als Vertreter der Reichsregierung sprach Ministerialdirektor Professor Dr. Hedding über die Grundlinien der Finanzpolitik der Reichsregierung. Er betonte eingangs, daß es noch nicht möglich sei, ein fest umrissenes Steuerprogramm aufzuzeigen, da die sehr schwierigen Vorarbeiten hierfür noch im Gange seien. Sie werden jedoch stark beschleunigt, wie dies der Bedeutung der Frage entspricht, so daß bald mit Klarheit über die Grundlinien der neuen Steuerpolitik gerechnet werden könne. Zu einzelnen Fragen Stellung nehmend, betonte er zunächst, daß eine Verlängerung des Steuergutscheineverfahrens über den 30. September hinaus nicht in Aussicht genommen sei. Wenn in der Öffentlichkeit gelegentlich darauf verwiesen wird, daß erst etwas mehr als die Hälfte des in Aussicht genommenen Betrages ausgeschöpft sei, so sei dabei nicht berücksichtigt, daß die große Masse der Steuergutscheineberechtigten erst nach dem 30. September ihre Ansprüche anmelden wird. Eine Erweiterung der für Steuergutscheine in Aussicht genommenen Beträge durch Hinausschiebung des haushaltsmäßigen Ausgleichs auf spätere Jahre sei nicht möglich, da die kommenden Haushaltsjahre bereits sehr stark vorbelastet sind. Eine generelle Steuerensenkung bezeichnete der Vortragende als auch im Interesse der Regierung liegend, doch seien Mittel für eine ins Gewicht fallende Steuerensenkung, und nur eine solche könne der Wirtschaft wirksam helfen, in absehbarer Zeit nicht vorhanden. Für eine Steuerensenkung kommen in erster Linie in Frage die besonders produktionshemmenden Steuern, wie etwa Umsatz-, Gewerbe- und Hauszinssteuer. Eine Senkung der Umsatzsteuer auf die Hälfte würde einen Ausfall von 750 Millionen RM. jährlich bedeuten. Wenngleich gerade eine Senkung der Umsatzsteuer erwünscht sei, so seien derartige Beträge gegenwärtig nicht zu entbehren. Bei der Gewerbesteuer, die etwa ein Aufkommen von ½ Mrd. RM. bringt, liegen die Probleme in den bei ihrer Aufhebung auftauchenden Schwierigkeiten in den Ländern und Gemeinden. Wenn die finanzielle Lage überhaupt eine Steuerensenkung gestattet, käme nach Ansicht des Vortragenden in erster Linie die Hauszinssteuer in Frage, die Dr. Hedding als die bestgehafterte und am ersten abbaureife Steuer bezeichnete. Der Redner streifte dann kurz gegenwärtig in der Öffentlichkeit viel erörterte Fragen der allgemeinen Steuerreform, die vielfach davon ausgehen, daß ein Ersatz des weit verzweigten und komplizierten Steuersystems der Gegenwart durch eine klare Einkommensteuer ins Auge zu fassen sei.

Ministerialdirektor Dr. Frielinghaus, als Vertreter des Preussischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, erörterte kurz Steuerfragen der Länder und Gemeinden. Er glaubt nicht, daß man deren Steuern gegenwärtig durch einen Umbau des allgemeinen Steuersystems ändern kann, gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß eine Entlastung der Gemeinden eine Realsteuerensenkung ermöglichen werde, diese Entlastung soll im Zusammenhang mit der allgemeinen Umschuldungsaktion für die Gemeinden wie bei einer Neuregelung der Arbeitslosenfürsorge angestrebt werden. Es gelte, diese Probleme beschleunigt ihrer Lösung näherzuführen.

In der Reihe der auf der Tagesordnung stehenden Referate betonte Regierungsrat a. D. Delrichs, Breslau, die dringende Notwendigkeit der Entlastung auf dem Gebiete der Hauszinssteuer in besonderen Zusammenhang mit den Aufgaben der Arbeitsbeschaffung. Dr. Meier, Augsburg, zeigte die zur Lösung drängenden Probleme auf dem Gebiete der Umsatzsteuer auf. Dr. Frenzel, Berlin, erörterte die Grundlinien der bevorstehenden Einheitsbewertung der Grundstücke und Dr. Wilhelmi, Düsseldorf, sprach über die aktuellen Probleme und Schwierigkeiten, die durch die neuen preussischen Stempelsteuerbestimmungen entstanden sind.

Stempelsteuer für Bestellscheine und Auftragsbestätigungen.

Durch das preussische Gesetz über die Abänderung stempelsteuerrechtlicher Bestimmungen vom 23. 5. 1933 ist mit Wirkung ab 1. 6. 33 eine Abänderung des Stempelsteuergesetzes in Kraft getreten, die für den Geschäftsverkehr von weittragender Bedeutung ist. Nach diesem Gesetz unterliegen in Zukunft der Stempelsteuer auch alle Beurkundungen von Veräußerungen, die nur von einem der Vertragsschließenden unterzeichnet und dem anderen Vertragsschließenden ausgehändig sind, also auch Bestellscheine und Auftragsbestätigungen, welche Kauf- oder Lieferungsbedingungen enthalten oder auf solche Bezug nehmen.

Von der Stempelspflicht sind nur befreit:

1. Aufzeichnungen, welche im Handelsverkehr über Bestellungen gemacht und entgegengenommen werden (sogen. Kommissionsnoten).

2. Kauf- und Lieferungsverträge über Mengen von Sachen und Waren (mindestens 3 gleichartige Sachen), sofern dieselben

entweder zum unmittelbaren Verbrauch (d. h. einem Gebrauch, der die Zerstörung der benutzten Sache zur Folge hat, wie z. B. Kohlen als Brennmaterial) in einem Gewerbe oder zur Wiederveräußerung dienen sollen oder

im Deutschen Reich in dem Betrieb eines der Vertragsschließenden erzeugt oder hergestellt sind.

Als Gewerbebetrieb im Sinne der Ziffer 2 ist jede auf Erzielung von Gewinn gerichtete Tätigkeit anzusehen; es fallen somit auch die landwirtschaftlichen Betriebe darunter.

3. Urkunden über Gegenstände, deren Wert 150 RM. nicht übersteigt.

4. Kaufverträge über Personenkraftwagen und Personenkraftwagen (ausgenommen Kraftomnibusse) mit Antrieb durch Verbrennungsmaschine ab 1. August 1933 auf die Dauer eines Jahres.

Stempelpflichtig ist neben demjenigen, der das Schriftstück ausgestellt hat, auch derjenige, der es veranlaßt hat, jeder als Gesamtschuldner. Der Stempel beträgt $\frac{2}{3}$ % vom Objektwert, zuzüglich des Wertes der Nebenleistungen, mindestens 1.— RM. Die Versteuerung muß vor der Aushändigung, spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung bewirkt sein. Kommt der Vertrag in dieser Frist nicht zustande, so kann von der Entrichtung der Stempelsteuer abgesehen werden oder Erstattung der bereits entrichteten Steuer beantragt werden.

Firmen mit größerem Geschäftsumfang, bei denen die Einzelversteuerung der zahlreichen Bestellscheine einen unverhältnismäßigen Aufwand an Arbeit erfordern würde, können für die technische Durchführung gewisse Vereinfachungen mit dem Finanzamt vereinbaren (Führung von Steuerlisten, monatliche Abrechnung der Steuer, Vereinbarung einer Abfindungssumme).

Die nordostdeutschen Industrie- und Handelskammern diesseits des Korridors baten den Landesauschuß der preu-

sischen Industrie- und Handelskammern, bei den zuständigen Stellen dafür einzutreten, daß das Gesetz wieder aufgehoben wird. Der Landesauschuß ist nach seiner Antwort bereits im Preussischen Finanzministerium vorstellig geworden. Auch der Steuerauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags hat sich in seiner Sitzung vom 8. September d. Js. mit der Frage befaßt.

Gesetz gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft.

In der Sitzung des Ausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstags für Arbeitsbeschaffung machte Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Reinhardt über Sinn und Zweck des Gesetzes gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft folgende Ausführungen:

„Zahlreiche Volksgenossen haben in vergangenen Zeiten Vermögen ins Ausland gebracht, in der nach dem Gange der politischen Entwicklung geschöpften Erwartung, daß Deutschland in die Hand des Bolschewismus gelangen werde, und in dem Bestreben, dieses Vermögen dem Zugriff des Bolschewismus zu entziehen. Wenn das Gesetz vom 30. September 1933 Gesetz gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft genannt worden ist, so bedeutet dies nicht, daß das Verbringen des Vermögens in das Ausland in früheren Jahren als Verrat gegen die deutsche Volkswirtschaft gelten soll. Volksverräter ist vielmehr derjenige, der es nunmehr unterläßt, innerhalb der vorgeschriebenen, bis 31. 10. 1933 laufenden Anzeigefrist, der nationalsozialistischen Regierung die vorgeschriebenen Angaben zu machen. Reinesfalls wird derjenige, der diese Angaben macht, mit Mißtrauen behandelt werden; nur derjenige, der sich einer Zuwiderhandlung gegen die Anzeigepflicht schuldig macht, wird als Verräter gegen die deutsche Volkswirtschaft mit aller Schärfe die gesetzlichen Folgen tragen müssen.“

Um diesen Sinn und Zweck des Gesetzes klarzustellen und dem Staatsbürger, der nunmehr nach Fortfall der Voraussetzungen, unter denen er Vermögen ins Ausland gebracht hat, seinen gesetzlichen Pflichten nachkommen will, vermeidbare Härten zu ersparen, ist eine Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz gegen den Verrat der deutschen Volkswirtschaft (Reichsgesetzblatt Nr. 109 vom 2. Oktober 1933, S. 697 ff.) ergangen.“

Gemäß § 7 Abs. 2 des Volksverratsgesetzes sind trotz Erlangung von Straffreiheit bei fristgerechter Anzeige von anzeigepflichtigen Werten zu wenig gezahlte Steuern nachzuzahlen. Da das Gesetz eine ausdrückliche Vorschrift über den Zeitraum, für den zu wenig gezahlte Steuern nachzuzahlen sind, nicht enthielt, galt die Nachzahlungspflicht für sämtliche Steuer schulden, die nicht verjährt waren. Nach § 144 der Reichsabgabenordnung beträgt die Verjährungsfrist bei Ansprüchen auf Besitz- und Verkehrssteuern 5 Jahre; bei hinterzogenen Beträgen läuft sie 10 Jahre.

Somit waren unter Umständen Steuern bis 1923 nachzuzahlen. Die Finanzämter hätten in jedem Falle feststellen müssen, was nach den in dieser Zeit geltenden Gesetzen an Steuerleistungen zu erbringen gewesen wäre.

Das Reichsfinanzministerium ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß dieser Rechtszustand für den Steuerpflichtigen unter Umständen so schwerwiegende Folgen haben würde, daß viele von ihnen von der Erfüllung der Anzeigepflicht abgehalten werden würden und daß auch die Aufgabe, die den Finanzämtern zugemutet werde, kaum durchzuführen sei.

Nunmehr hat die neue Durchführungsverordnung eine weitgehende Erleichterung der Nachzahlungspflicht getroffen. Der Steuerpflichtige kann nunmehr verlangen, daß zu wenig gezahlte Steuern, die die angezeigten Werte, die Zahlungsmittel und die sonstigen, zum Erwerb der angezeigten Werte

verwendeten Werte, den Ertrag und das Einkommen aus diesen Werten sowie den Umsatz, der die Werte betrifft, treffen, nur insoweit nacherhoben werden, als sie auf die Zeit nach dem 1. Januar 1930 entfallen. Ein Steuerpflichtiger, der diese Vergünstigung nicht in Anspruch nimmt, kann statt dessen die Festsetzung eines Pauschbetrages verlangen, durch dessen Entrichtung die Nachzahlungspflicht und die Zinspflicht von 12 % bei Verzug, sonst von 5 % für die Zeit nach dem 31. 8. 1933 erfüllt ist. Der Pauschbetrag darf höchstens 40 % des Wertes des angezeigten Vermögens, für das die Steuern verkürzt worden sind, nach dem Stande vom 1. 6. 1933 erreichen.

Von großer Bedeutung ist ferner die Vorschrift, daß bei Festsetzung des Pauschbetrages nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu entscheiden ist, daß Stundungen und Teilzahlungen bewilligt werden können und daß die Zahlungen den Steuerpflichtigen nicht zum Erliegen bringen oder zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Einschränkung seines Betriebes zwingen dürfen. Auch kann die Nachzahlungspflicht durch Uebergabe geeigneter ausländischer Wertpapiere oder Auslandsbonds abgelöst werden.

Geld- und Kreditwesen.

Der Neuaufbau des Bankensystems.

Der von dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstags, Dr. v. Kenteln, berufene Ausschuß für Kredit-, Geld- und Bankwesen beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 13. September mit Fragen der Neuorganisation des deutschen Bankwesens. Der Vorsitzende, Baron v. Schröder, betonte einleitend, daß es Aufgabe der Banken sei, die bei ihnen verfügbaren Geldmittel so zu leiten und zu verteilen, daß die Wirtschaft möglichst ungehindert und frei sich entfalten könne. Nach seiner Auffassung sind die deutschen Banken gegenwärtig nicht in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen und eine Umbildung, mit deren Vorbereitung sich die Bankenquete beschäftigt, sei daher unbedingt erforderlich.

Baron v. Schröder sah das Ziel dieser Umbildung in einer Aufteilung der Großbankfilialen in selbständige regionale Banken, die wenigstens solange in staatlicher Hand bleiben sollten, als nicht eine gesunde Privatwirtschaft sie wieder aus eigener Kraft übernehmen kann. Nur mit dem Wirtschaftsleben des Bezirks eng verwachsene Banken, denen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen, könnten die Grundlage des künftigen gesunden Banksystems sein. Diese sollen von dem bisherigen Geschäft nur die gesunden Teile übernehmen. Der Staat, der bei diesen Banken der Hauptrisikoträger sei und ja jetzt schon in der Hauptsache die Großbanken beherrscht, müsse sie in seine eigene Regie übernehmen, nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten, dabei aber auch allgemeine volkswirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen, da deren Berücksichtigung im Gesamteffekt häufig wichtiger sei als die unbedingte Sicherheit eines erteilten Kredites. Ein solches Bankensystem würde wichtige, zurzeit unlösbar erscheinende Probleme wie das der Zinssenkung und das der Versorgung mit langfristigen Krediten in einfachster Weise der Durchführung näherbringen.

Baron v. Schröder sprach sich weiterhin gegen Fachbanken aus, da diese ein zu einseitiges Betätigungsfeld haben und in Zeiten der Krise ihres Faches versagen, weil bei ihnen keine geeignete Ausgleichsmöglichkeit zur Verfügung steht. Die gelegentlich geforderte Umbildung der Privatbanken nach englischem Muster lehnte der Vortragende ab, da die Verhältnisse in Deutschland noch nicht so weit ge-

diehen seien, daß man dieses Problem als spruchreif bezeichnen könne.

Im Anschluß an das Referat des Vorsitzenden äußerte sich Reichsbankdirektor Hassel dahin, daß es ihm nicht möglich sei, angesichts des Beginnes der Bankenquete zu den hier angeschnittenen Problemen im einzelnen Stellung zu nehmen. Es verbiete sich, den Ergebnissen dieser Enquete vorzugreifen. Persönlich könne er lediglich bemerken, daß er in den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden über Regionalbanken, Fachbanken u. a. keine Frage gefunden habe, deren Erörterung etwa Protest in dem Hause der Reichsbank auslösen müsse. All diese Fragen würden ohne Vor-eingenommenheit und mit bestem Willen in der Reichsbank erwogen werden.

In der Aussprache wurden die angeschnittenen Probleme einer eingehenden Erörterung unterzogen, wobei sich im allgemeinen Zustimmung zu den von Baron v. Schröder dargelegten Auffassungen ergab. Zweck der Aussprache war nach den Worten des Vorsitzenden, ihm als ständigem Sachverständigen bei den Arbeiten der Bankenquete seine Aufgabe dadurch zu erleichtern, daß ihm der Ausschuß seine wirtschaftlichen Erfahrungen zur Verfügung stellt und es ihm dadurch ermöglicht, vor dem Enqueteausschuß auf diejenigen Gesichtspunkte besonders hinzuweisen, die nach Auffassung der in den Industrie- und Handelskammern zusammengeeschlossenen Kreise einer besonderen Berücksichtigung bedürfen.

Verkehr.

Für einheitliche Verkehrspolitik.

Der vom Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstags, Dr. v. Kenteln, berufene Verkehrsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags trat am 28. September bei lebhafter Beteiligung von Vertretern des Reichsverkehrsministeriums, der Reichsbahn und der befreundeten Wirtschaftsverbände zu seiner ersten Tagung zusammen. Der Vorsitzende, Hütten-direktor Henneke, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Berlin, betonte, daß es die erste Aufgabe der Verkehrspolitik sei, sich in die gesamte Wirtschaftspolitik einzuordnen und sich hierbei nur von dem Bestreben leiten zu lassen, dem gesamten deutschen Volke zu dienen, während vor der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus wie auf allen anderen Gebieten auch in der Verkehrspolitik das sinn- und planlose Gegeneinanderarbeiten der Interessentengruppen vielfach zum Schaden des Ganzen zu beobachten war. Die vom Führer auch hier bereits getroffenen Maßnahmen geben die beste Gewähr dafür, daß diese Zeit endgültig vorbei ist.

Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Staatssekretär Koenigs, sprach anschließend über die zukünftige Verkehrspolitik des Reiches. Er ging davon aus, daß sie ein Teil der Wirtschaftspolitik sein und sich deren Zielen und Bedingungen unterordnen muß. Wenn schon die Volkswirtschaft kein Selbstzweck, sondern dazu da ist, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen, so gilt dies um so mehr für den Verkehr als einen Teil der Wirtschaft. Seine Aufgabe ist Dienst am Volke im wahrsten Sinne des Wortes.

Das Ziel der Verkehrspolitik muß sein, die Verkehrskosten herabzudrücken. Verkehrsun-ternehmen dürfen niemals kapitalistisch mit der Absicht auf Gewinnerzielung geführt werden. Dieser Grundsatz galt bei der Eisenbahn schon von jeher, wie aus den Vorwürfen hervorgeht, die sei-

nerzeit die Dames-Sachverständigen wegen des Fehlens kaufmännischer Gesichtspunkte der Reichsbahn gemacht haben. Die Reichsbahn hat auch nach der Dames-Gesetzgebung an ihrer volkswirtschaftlichen Einstellung festgehalten. Die trotzdem ihr vom Ausland aufgezwungene Gesetzgebung muß aber restlos beseitigt werden.

Aus der volkswirtschaftlichen Einstellung ergibt sich die Folgerung, daß der Gedanke falschen Wettbewerbs zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln als überholt betrachtet werden muß. Gewiß muß ein gesunder Wettbewerb auch hier bestehen, aber nicht in dem Sinne, daß das eine Verkehrsmittel Mehreinnahmen erzielen will auf Kosten des anderen. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen Eisenbahn und Kraftwagen. Beide sind lebensnotwendig, und es zeugt von dem genialen Blick des Führers Adolf Hitler, daß er die Parole ausgab „Eisenbahn und Kraftwagen“. Aus dieser Erkenntnis hat er den Gedanken der Reichsautofstraßen geschaffen, die dem Kraftwagen überhaupt erst seine richtige Leistungsfähigkeit geben werden. Der Staatssekretär unterstrich die weittragende und entscheidende Bedeutung dieser Straßen, die erst spätere Geschlechter richtig werden würdigen können.

Der Kraftwagen erzielt die größte Flächenwirkung und ihm folgt erst in einem gewissen Abstände die Eisenbahn. Gerade im Zusammenhang mit der Siedlungspolitik und der Festigung des bäuerlichen Besitzes kommt dem Kraftwagen eine entscheidende Bedeutung zu; daneben steht die Bedeutung für die Überwindung des Partikularismus, denn die Reichsautobahnen werden über alle Ländergrenzen hinweggehen, während in der Vorkriegszeit die Eisenbahntarifpolitik der einzelnen Länder unter partikularistischen Gesichtspunkten betrieben wurde.

In der Wasserstraßenpolitik muß der Reichsgedanke immer stärker zum Durchbruch kommen. Es kommt darauf an, die von Süd nach Nord fließenden natürlichen Ströme auszubauen, um die deutschen Seehäfen an Nord- und Ostsee zu fördern. Und dieses Ziel kann erreicht werden, ohne daß die überaus wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe des Rheinweges dadurch beeinträchtigt würde.

Dienst an der Wirtschaft — Zusammenwirken der Verkehrsmittel — und alle Arbeit gerichtet auf das Wohl des Reiches als Ganzem — das ist der Inhalt der künftigen Reichsverkehrspolitik.

Oberbürgermeister Renninger, Mannheim, sprach über die Reichsautobahnen. Er hob die ungeheure und entscheidende Bedeutung des beabsichtigten neuen Straßennetzes hervor. Zu ihrem Ausbau haben verschiedene Gründe geführt; in erster Linie die Arbeitsbeschaffung, die gegenwärtig allem anderen voransteht, zum anderen die Vereinigung des Kampfes zwischen Kraftwagen und Eisenbahn, die sinnfällig darin zum Ausdruck kommt, daß der Autofstraßenbau und die Eisenbahn nun in einer Hand vereint sind. Diese Vereinigung bedeutet eine Rettung der Reichsbahn, ohne die die Wirtschaft auf keinen Fall lebensfähig wäre. In früheren Zeiten wäre eine derartig durchgreifende Maßnahme nie möglich gewesen. Hier kommt die Bedeutung der neuen einheitlichen Volkshführung zum Ausdruck, und erst die kommende Zeit wird die Tragweite dieses genialen Wurfes sichtbar machen. Der Lastkraftwagen- und Personenverkehr wird sich in kurzer Zeit verdoppeln.

Bei der Verteilung der Arbeiten wird die Reichsbahn selbst nicht bauen, sondern nur die Entwürfe fertigstellen und dann auf dem Wege der Ausschreibung die

einzelnen Firmen, insbesondere auch mittlere Betriebe, heranziehen, wobei keineswegs an einen bestimmten Kreis gedacht ist. Durch die Notwendigkeit, möglichst viele Menschen bei den Arbeiten zu beschäftigen, wird infolge des Ueberwiegens der Handarbeit eine gewisse Verteuerung eintreten, die aber im Sinne der Arbeitsbeschaffung hingenommen werden muß. Man wird jedoch Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse nehmen und in Gebieten mit geringerer Arbeitslosigkeit auch Maschinen verwenden. Eine besondere Aufgabe ist auch die Verbesserung der Zubringerstraßen. Es ist noch verfrüht, über die Gebühren auf den kommenden Straßen zu sprechen, und jegliche Erörterung hierüber muß verschwinden. Wenn die Straßen einmal gebaut sind, wird man sich hierüber schon klar werden. Der Hauptgesichtspunkt ist gegenwärtig der, der Wirtschaft, und zwar der gesamten Wirtschaft, zu dienen. Deutschland wird in naher Zukunft das beste Straßennetz der Welt besitzen.

Der Redner schloß mit der Aufforderung, daß alle Kreise des Volkes sich hinter die neue große, vom Führer gestellte Aufgabe, stellen; alles Trennende muß auch hier, wie auf den anderen Gebieten der neuen Wirtschafts- und Volkspolitik, zurückstehen.

Der erste Vorsteher der Industrie- und Handelskammer Magdeburg, Farenholz, sprach über die im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu betreibende Verkehrspolitik. Der Reichskanzler hat durch den Befehl zum Bau von Autofernstraßen der unmittelbaren Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiete des Verkehrswesens klare Weisungen gegeben und damit gleichzeitig der deutschen Verkehrspolitik die grundsätzliche Richtung für die künftige Entwicklung. Der Kraftwagen ist damit zum voll anerkannten Verkehrsmittel geworden und steht gleichberechtigt neben Binnenschiff und Eisenbahn.

Durch den Bau von Kanälen entstehen Kosten, die vielfach in keinem Verhältnis zu den auf künstlichen Wasserstraßen üblichen Frachten stehen und dann den Bau von neuen Kanälen unwirtschaftlich erscheinen lassen. Nur dadurch, daß der Kanalschiffahrt Kosten durch die Allgemeinheit abgenommen wurden, ist die Legende vom Kanal als billigem Transportmittel entstanden. Eine entsprechende Politik muß zwar um der bestehenden Schifffahrt willen für die vorhandenen Wasserstraßen beibehalten, darf aber nicht für neue Kanäle fortgesetzt werden. Die Transportkosten auf Kanälen sind doppelt bis vierfach, ja bei einzelnen Neubauprojekten noch um ein Vielfaches höher als bei der Reichsbahn. Es ist zu befürchten, daß die jetzt verschiedentlich propagierten Kanalprojekte auf die Dauer nicht finanziert werden können. Halbfertige Kanäle haben sich als ein schwerer Schaden für die Wirtschaft erwiesen. Die Projekte sind entstanden, um wichtigen Produktionsgebieten durch billige Frachten vermehrten Absatz, besonders für Massengüter zu schaffen. Die Eisenbahn befördert z. Bt. die fünffache Menge ausgesprochener Massengüter und hat damit ihre Eignung bewiesen. Dabei ist der Verkehr mit Großraumgütern erst im Anfangsstadium.

Ein gegen den heutigen Zustand wesentlich verbilligter Verkehr ist das, was die Wirtschaft braucht. Darin liegt der Schlüssel zu den Maßnahmen, die auf dem Gebiete des Verkehrswesens zum Zwecke der Belebung der Wirtschaft und Beschaffung neuer Arbeit unverzüglich ergriffen werden müssen. Die Zeit ist vorbei, neue Kanäle zu bauen, aber die Zeit ist da, die Eisenbahntarife umzubauen. Den bedrohten Grenzländern, der Ruhrkohle, Süddeutschland, überhaupt dem ganzen Binnenmarkte und dem Export wird durch eine Senkung der Bahnfrachten neuer Absatz eröffnet.

Oberbürgermeister, Professor Dr. Most, Duisburg, sprach über die Frage „Eisenbahn und Kraftwagen“ und betonte, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag seit 1930, als erste gesamtwirtschaftliche Körperschaft und als einzige mit viel beachteten positiven Vorschlägen, dieser Frage stets sein Augenmerk zugewendet hat, ebenso wie er als einzige Organisation der Gesamtwirtschaft den sogenannten Schenkervertrag bis zuletzt ablehnte. Der beim Deutschen Industrie- und Handelstag unter Leitung von Professor Most bestehende Sonderausschuß wird auch weiterhin bemüht sein, an der Lösung der auf diesem wichtigen Gebiete noch offenstehenden Fragen beizutragen, und erhielt einen entsprechenden Auftrag des Verkehrsausschusses.

Auch Reichspost gegen Preiserhöhungen.

Der vom Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstags, Dr. von Renteln, neu berufene Postausschuß trat am 28. September bei zahlreicher Beteiligung von Vertretern des Reichspostministeriums zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Professor Dr. Most, Duisburg, betonte die Notwendigkeit und die Bedeutung einer einheitlichen, in den Dienst der gesamten Volkswirtschaft gestellten Postpolitik und begrüßte es, daß die seinerzeit lebhaft umstrittene Forderung des Deutschen Industrie- und Handelstags, das Reichsverkehrsministerium und Reichspostministerium einer einheitlichen Führung zu unterstellen, schließlich doch in die Tat umgesetzt worden ist.

Ministerialdirektor Dr. Andersch vom Reichspostministerium machte Angaben über die gegenwärtige Lage der Deutschen Reichspost. Das vergangene Jahr war für die Reichspost ein Notjahr, um so mehr als die Gebührensenkung vom Januar 1932 einen starken Einnahmeausfall gebracht hat. Eine entscheidende Wendung brachte auch hier die Machtübernahme durch Adolf Hitler. Diese Besserung ist zwar noch verhältnismäßig. Noch sind die Nachwirkungen der großen Krise zu spüren, aber der Rückgang der bisherigen Einnahmen war 1933 gegenüber 1932 geringer als 1932 gegen 1931, und es besteht eine begründete Hoffnung auf weitere Besserung. Wenn beim Sinken der Konjunktur die Reichspost im allgemeinen langsam nachfolgte, beim Ansteigen der Konjunktur jedoch sofort eine wesentliche Besserung verspürte, die oft noch vor dem Sichtbarwerden des Konjunkturaufschwunges eintrat, so zeigt diesmal trotz der allgemeinen Belebung der Postverkehr nur eine verhältnismäßig geringe Besserung. Dr. Andersch führt dies auf die Struktur des gegenwärtigen Wirtschaftsaufschwunges zurück, da die neubeschäftigten Arbeitnehmer zumeist andere Bedürfnisse als postalische haben und die Wirtschaft anscheinend noch nicht die volle Ausnutzung der postalischen Einrichtungen für den Nachrichten- und Geldverkehr nötig hat.

Der Briefverkehr lag im Mai um 9 % und im Juni um 13 % unter den Ziffern des jeweiligen Vormonats, im Juli dagegen um 11 % höher als im Juni, um im August wieder um 5 % gegen den Juli zu sinken. Der Fernsprechverkehr hat in der Zeit von April bis August den Stand des Vorjahres im allgemeinen behauptet, nach beträchtlichen Abnahmen der Fernsprechstellen zeigte sich im August erstmals eine Zunahme um 2000.

Die Finanzen der Reichspost sind sehr angespannt. Der Haushaltsvoranschlag ist vorsichtig aufgestellt und balanziert mit 1,7 Milliarden (gegen 2,3 Milliarden im Jahre 1929). Von den Einnahmen entfallen auf die Post etwa 55 %, auf den Fernsprechverkehr 35 %, auf den Postscheckverkehr 3 % und auf den Telegrammverkehr 2 %. In den ersten fünf Monaten sind die Einnahmen gegen das Soll zurückgeblieben. Die Reichspost hat versucht, die Ausgaben entspre-

chend zu drosseln, doch entfällt der größte Teil der Ausgaben auf fixe Kosten, so allein 71 % auf Ausgaben für das Personal. Eine Einschränkung der Sachausgaben würde aber eine Auftragsminderung für die Wirtschaft bedeuten. Ebenso wäre eine Beschränkung der Einrichtungen der Reichspost gleichbedeutend mit einer Wirtschaftsschädigung.

Die Postscheckguthaben, die im Jahresdurchschnitt 1928 606 Mill. und 1932 461 Mill. RM. betrugen, waren bis zum 31. 3. 33 auf 411 Mill. zurückgegangen. Inzwischen dürfte eine Erhöhung erfolgt sein.

Einem Sachwertguthaben der Deutschen Reichspost von 2½ Milliarden RM. stehen Schulden von 526 Mill., davon 300 Mill. mittelfristige Schatzanleihen, gegenüber. Die Zeichnungen auf die neuen Postschatzanweisungen hatten bisher ein gutes Ergebnis. Nennenswerte Barmittel werden aber daraus der Reichspost nicht zufließen, weil es sich meist um Umtauschwerte handelt. Bei den neuen Anleihen beträgt die Effektivverzinsung 6,09 %, während die früheren Anleihen 8,8 % erfordert hatten.

Der Ministerialdirektor wandte sich sodann gegen etwaige Preiserhöhungen. Je höher die Preise steigen, desto geringer wird die Auftragsvergebung und damit auch die Beschäftigung sein, denn der Reichspost stehen Mittel für Auftragsvergebung nur in einem bestimmten finanziellen Umfang zur Verfügung. In diesem Zusammenhang betonte er, daß die Reichspost ihre Arbeitnehmer den Winter über in ihrer Arbeit halten wird.

Angeichts der gespannten Finanzlage ist es der Reichspost zurzeit unmöglich, Tariffenkungen in größerem Ausmaß vorzunehmen. Hierfür wären Zuschüsse des Reichsfinanzministeriums erforderlich, die jedoch infolge der schwierigen Lage des Gesamthaushalts des Reichs nicht bewilligt werden könnten. Das Grundgefüge der Finanzwirtschaft der Reichspost ist durch den schlechten Geschäftsgang der letzten Jahre nicht erschüttert worden. Der Redner schloß mit der Bitte an den Ausschuß, der Postverwaltung seine Anregungen, die gewissenhaft geprüft werden sollen, wie überhaupt seine Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.

Im Anschluß wurden postalische Einzelfragen behandelt, wie die Venderung der Drucksachenbestimmungen, Telegrammgebühren nach Uebersee, Brieftelegrammverkehr und Kurztelegramme, Werbetelegramme und Ausbrauchsrufen für Briefumschläge kleinen Formats.

Deutsche Gesellschaft für Freifahrten m. b. H.

Die Deutsche Gesellschaft für Freifahrten m. b. H. in Frankfurt a. M. hat uns mitgeteilt, daß sie beabsichtigt, im Kammerbezirk eine besondere Art von Rabattmarken zu vertreiben. Wir empfehlen den Firmen, sich vor dem Ankauf solcher Karten mit der Kammer in Verbindung zu setzen.

Seewärtiger Güterverkehr

im 2. und 3. Vierteljahr.

	2. Vierteljahr			3. Vierteljahr		
	Kolberg	Rügenwalde	Stolpmünde	Kolberg	Rügenwalde	Stolpmünde
1933	28 711	6 267	41 679	31 742	5 030	42 183
1932	14 068	4 656	32 665	22 981	4 950	39 483
1931	24 940	3 242	54 844	20 941	3 776	38 459
1930	39 630	7 874	71 869	32 829	5 632	42 757
1929	35 835	15 080	64 515	23 926	10 225	49 370
1928	20 689	6 354	32 223	22 096	6 808	29 264

Seehäfen.

Häfen	Jahr	Beförderte Güter aller Art in Ein- u. Ausgang insgesamt			Der nebenstehende Auslandsverkehr verteilt sich auf	
		Rüsten- verkehr	Aus- lands- verkehr	ins- gesamt	Em- pfang	Ver- sand
		in 1000 Tonnen			in 1000 Tonn	
Kolberg	1929	43	65	108	23	42
	1930	81	66	147	24	42
	1931	76	31	107	17	14
	1932	72	14	86	8	6
Rügenwalde	1929	23	19	42	14	5
	1930	17	9	26	3	6
	1931	13	3	16	3	—
	1932	18	3	21	3	—
Stolpmünde	1929	66	126	192	25	101
	1930	114	116	230	30	86
	1931	120	60	180	19	41
	1932	103	37	140	26	11
Wirtschaftsgebiet Stettin	1929	945	3978	4923	2748	1230
	1930	998	3895	4893	2426	1469
	1931	887	2880	3767	1758	1122
	1932	1132	2206	3338	1466	740
Stralsund	1929	25	163	188	44	119
	1930	48	151	199	42	109
	1931	50	109	159	29	80
	1932	65	79	144	16	63

Sozialpolitik.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, Dr. v. Renteln, eröffnete am 27. September die erste gemeinsame Sitzung der neu von ihm berufenen Ausschüsse für Sozialpolitik und kaufmännisches und gewerbliches Bildungswesen. Er begrüßte die sehr zahlreich erschienenen Vertreter der Reichs- und Preussischen Staatsregierung, der Wirtschaftsverbände und insbesondere auch der Deutschen Arbeitsfront, wobei er betonte, daß ein getrenntes Arbeiten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter im neuen Deutschland bei Fragen, die beide Kreise angehen, nicht mehr vorkommen darf. Der Präsident wies auf den Ausspruch des Führers hin, wonach Sozialismus das Zusammenstehen aller schaffenden Volksgenossen ist. Sozialismus, jenes oft so falsch verstandene Wort, ist nichts anderes als Gemeinschaftsbildung, und in diesem Sinne ist auch die sozialpolitische Arbeit praktischer Sozialismus. Es ist falsch, von einer Sozialisierung äußerer Formen zu sprechen. Sozialisieren kann man nur die Gesinnung. Die Zurückdrängung des Menschen und des Menschlichen war das Kennzeichen des marxistischen Sozialismus, wobei der Mensch zu einem Anhängel der Maschine herabgewürdigt wurde. Demgegenüber will der deutsche Sozialismus wieder den Menschen in den Vordergrund stellen. In den deutschen Betrieben muß der Geist der Zusammengehörigkeit aller in ihnen Tätigen Einzug halten. Hieran mitzuwirken, ist insbesondere auch die Pflicht des Unternehmers. Bei ihm liegt es, das Gefühl hierfür den von ihm Beschäftigten einzupflanzen.

Uebergend zu Fragen des Bildungswesens, betonte Dr. v. Renteln, daß auch der Begriff der Bildung in der Vergangenheit oft mißverstanden worden ist, wofür das Berechtigungsunwesen und die im Schulleben vorhandenen Mängel Zeugnis ablegen. Bildung ist nicht gleichzusetzen mit einem formalen Wissen. Es ist die Gestaltung der Persönlichkeit, der die entscheidende Bedeutung zukommt. Hier liegen die Hauptaufgaben der Zukunft, denn die Bildung des Charakters ist bei aller Anerkennung der Notwendigkeit

eines fachmännischen Wissens auch für die Leistung des arbeitenden Menschen in erster Hinsicht maßgebend.

Staatssekretär Dr. Krohn vom Reichsarbeitsministerium wies anschließend darauf hin, daß es gilt, auch in der Sozialpolitik im neuen Reich ein neues Gebäude zu errichten. Leider muß der Bau auf einem Trümmersfeld erstehen. Die neue Sozialpolitik steht unter zwei leitenden Gesichtspunkten: Wert und Adel der Arbeit und der Arbeitenden sind Ausgangspunkt und Ziel der Sozialpolitik. Die bewegenden Kräfte, die in der Wirtschaft Tätigen, Unternehmer und Arbeiter, dürfen nicht mehr gegeneinander, sondern sie müssen miteinander arbeiten. Einen Klassenkampf darf es nicht mehr geben. Der Staatssekretär betonte, daß selbstverständlich auch für die Sozialpolitik das Führerprinzip gilt, daß aber die Regierungsmaßnahmen nicht vom grünen Tisch erlassen werden, sondern in stetem Gedankenaustausch der Regierung mit den Männern der Praxis. Er begrüßte daher lebhaft die enge Zusammenarbeit, die hier bereits besteht, und forderte den Ausschuß auf, seine Kräfte weiterhin zur Verfügung der amtlichen Stellen zu halten.

Der neue Vorsitzende des Ausschusses, Präses der Kleinhandelskammer Bremen, Kallfen, betonte die vor allem anderen stehende Notwendigkeit, die verlorengegangene Geschlossenheit des deutschen Volkes wiederherzustellen. Bei Beratungen über die zukünftige Gestaltung der Sozialpolitik ist lediglich von diesem Gesichtspunkt auszugehen. Das bedeutet den besten Beitrag zu dem vom Führer begonnenen Werk der Zusammenfassung des ganzen deutschen Volkes.

In der Tarifffrage ist vorläufig eine Vereinigung durch die Verkündung des Burgfriedens erfolgt, aber eines Tages wird man auch hier an die Lösung der eigentlichen Probleme herangehen müssen. Es darf Arbeitgeber und Arbeitnehmer im alten Sinne nicht mehr geben, sondern nur noch den schaffenden deutschen Menschen.

Auch auf dem Gebiete des Versicherungswesens waren es die volkzerstörenden Kräfte, die es verstanden haben, überall und immer wieder Mißstimmung in alle Kreise des Volkes hineinzutragen. Gewiß sind die Ideen, die zu den sozialen Versicherungen geführt haben, vernünftig und richtig gewesen. Aber man hat z. B. aus den Ortskrankenkassen Pfründe für verbonzte Kreaturen gemacht. Aufgabe des Dritten Reiches muß es sein, sie wieder in vernünftige Bahnen zu lenken.

Zu den Fragen der Arbeitszeit, des Doppelverdienerturns und der Frauenarbeit bemerkte der Vorsitzende, daß diese Fragen nicht allein auf die sogenannte Wirtschaftskrise zurückzuführen sind, sondern auf die falschen Wege, die in der Vergangenheit von den Führern des Volkes eingeschlagen wurden. Auch diese Wege zielten absichtlich darauf ab, den Keil in das deutsche Volk immer tiefer zu treiben. Auch hier gilt es, bei jeder Ueberlegung zu einer Vereinigung nur das Wohl der Gesamtheit im Auge zu haben. Das, was im Interesse der Gesamtheit liegt, zu erreichen, ist aber nur möglich durch eine Erziehungsarbeit von gigantischen Ausmaßen.

Handelskammerpräsident Dr. Lür, Treuhänder der Arbeit für Hessen, sprach über Wesen und Aufgaben der Treuhänder der Arbeit. Waren in der vergangenen Systemwirtschaft die mit der Regelung von Arbeitsfragen Befassten, sowohl die Gewerkschaftsböndnisse wie die Arbeitgebervertreter, Träger des liberalistisch-marxistischen Klassenkampfes, die vielfach zur Stärkung ihrer eigenen Stellung die Interessen der von ihnen Vertretenen schmählich verrieten, so ist von Adolf Hitler in den Treuhändern der Arbeit eine Institution geschaffen worden, die in voller Unabhängigkeit und in Verantwortlichkeit nur gegenüber dem Führer die Aufgabe hat, immer unter dem Blick auf das große Ganze der deutschen Volkswirtschaft Fragen der Arbeit einer dem Volksganzen dienlichen Lösung entgegenzuführen. So ist der

Treuhänder für die Tariffindung allein verantwortlich; er ist hierzu berufen aus der engen Verbundenheit, in der er zu dem ihm anvertrauten Gebiet steht. Er wird auch weiterhin die Verbände der deutschen Arbeitsmenschen hierzu hören, ohne aber den Schwerpunkt der Tariffindung auf diese Anhörung zu verlegen. Eine weitere Senkung des Lohnniveaus ist unter keinen Umständen möglich, auch nicht mit Rücksicht auf den Export. Eine Lohnsteigerung im Innern würde so positive Wirkungen für den Innenmarkt haben, daß Exportverluste ausgeglichen würden. Auch in der Kurzarbeit sieht Dr. Lür hauptsächlich eine Schmälerung der Kaufkraft; eine Verkürzung unter 40 Stunden sei zu vermeiden. Der Treuhänder hat ferner für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen; er wird dies in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsfront, der AEBD, und den Unternehmerverbänden tun, die ihm einen großen Teil der Arbeit durch Erledigung weniger wichtiger Einzelfragen abnehmen werden. Schließlich sammelt der Treuhänder Unterlagen, um praktische Vorschläge für die Eingliederung der Sozialversicherung in den bevorstehenden ständischen Aufbau machen zu können; gerade hier bedürfen die Dinge einer Neuordnung.

Die Treuhänder der Arbeit sind gewissermaßen die sozialpolitischen Reichsstatthalter. Sie sorgen für 18 Millionen Arbeitnehmer und wahren die selbstverständlichen Rechte des Unternehmers. Die Treuhänder der Arbeit sind das, was der Führer auf dem Kongreß der Deutschen Arbeitsfront als Forderung und Ziel aufstellte, als er ausführte: „Es muß eine Autorität ausgerichtet werden, und diese muß unabhängig sein von den momentanen Strömungen des Zeitgeistes, vor allem von den Strömungen, die der wirtschaftlich begrenzten und beschränkten Egoismus in Erscheinung treten läßt.“

Sozial sein, heißt gerecht sein. Aufgabe der Sozialpolitik muß es daher werden, zu ihrer Grundauffassung zurückzukehren und die sich innerhalb jeder Gesellschaftsordnung ergebenden Gegensätze einem gerechten Ausgleich zuzuführen.

In seinem Vortrag „Zur Sozialpolitik im neuen Reich“ ging Dr. Lohmann von der Geschäftsführung davon aus, daß der nationalsozialistische Volksstaat auf eine lebendige Sozialpolitik aus nationalen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen um so weniger verzichten kann, als heute die Sozialpolitik ein Teil Gesellschaftspolitik, ja Staatspolitik schlechthin geworden ist. Jedoch kann die Sozialpolitik stets nur eine Kunst des wirtschaftlich Möglichen, wenn auch mit stets veränderlichen Mitteln, sein. Das Außerachtlassen der ökonomischen Gesetze hat in der Vergangenheit überaus nachteilige Wirkungen für die gesamte Wirtschaft und in erster Linie für die Arbeitnehmerschaft zur Folge gehabt. Dem Verlust der Arbeitsstätten hat ein überaus hoher Gesamtaufwand für Unterstützungen gegenübergestanden. Nicht Unterstützung, sondern Brot und Arbeit ist künftig das Ziel. Die künftige Sozialpolitik hat im Gegensatz zur früheren nicht im Dienste einzelner Volksgruppen zu stehen, sondern muß auf das Wohl des gesamten Volkes gerichtet sein.

Aus der Notwendigkeit einer Verinnerlichung der menschlichen Beziehungen sind auch die Folgerungen für eine Neuordnung des gesamten Arbeitsrechts zu ziehen. Der Anteil am Sozialprodukt muß auf friedlichem Wege festgestellt werden. Der Betriebsrat muß zum Gemeinschaftsorgan aller im Betrieb Schaffenden gestaltet werden, ihm muß somit auch der Arbeitsführer angehören. Wenn auch tarifvertragliche Bestimmungen in Zukunft nicht zu entbehren sein werden, so muß doch der Schwerpunkt der Regelung erheblich mehr als bisher in die Betriebe selbst verlegt werden.

Der Gedanke der Sozialversicherung muß festgehalten werden, doch sind hier weitgehende Reformmaßnahmen mit dem Ziele der Sanierung notleidender Versicherungszweige

und der Entlastung von überhöhten Sozialbeiträgen erforderlich.

Auf dem Gebiet des Doppelverdienens kann eine gesetzliche Regelung schon um dessentwillen nicht Platz greifen, weil der Begriff Doppelverdiener nicht eindeutig feststeht. Es muß jedoch ernsteste Aufgabe der Betriebsführung sein, bei Neueinstellungen und Entlassungen die soziale Seite des Falles jeweils zu prüfen. Auch das Problem der Frauenarbeit kann nur unter Berücksichtigung der sozialen Seite und der Betriebsnotwendigkeiten behandelt werden.

Der Leiter des „Dinta“, Dr.-Ing. Arnold-Düsseldorf, sprach über „Menschenführung und Menschenbehandlung als Erziehungsproblem im neuen Reich.“ Wenn man bislang mit kritischen Augen durch Produktionsbetriebe schritt, erblickte man mehr Betriebs-Statisten ohne innere Teilnahme und nur wenig Betriebs-Akteure, die von sich aus gestaltend wirken und denen die Arbeit Lebensinhalt geworden ist. Die Gründe hierfür waren einmal in einer bisher fehlenden Arbeitsidee zu suchen, zum anderen haben das Versailler Diktat und seine Folgen die Technik in Bahnen geleitet, die zu einem widersinnigen Verhältnis von Mensch und Arbeit geführt haben. Diesem Verhältnis gilt es, seine natürliche Form wiederzugeben. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß der Mensch unter der Maschine leidet und zerbricht. Ebenso falsch ist es aber, zu glauben, daß es irgendeine Organisation der Dinge gibt, die der Arbeit die Härte nehmen könnte. Jede wirkliche Arbeit ist ein Ringen mit der Materie, an dessen Ende die Köstlichkeit des Sieges der Menschenkraft über die Materie steht. Um dieses Ringen bestehen zu können, muß schon unsere Jugend im Kampfgedanken erzogen werden. Erziehungsgesetze unserer Volksschulen sollten daher bereits lauten:

1. Willen zur Leistung und Mut, Widerstände zu überwinden.
2. Einsicht, daß Erfolge nur durch persönlichen Einsatz und durch Opfer erkämpft werden können.
3. Verankerung sittlichen Empfindens für Pflicht und Sauerkeit.

Um nun das verlorengegangene natürliche Verhältnis des schaffenden Menschen zu seiner Arbeit wieder herstellen zu können, muß man wissen, daß der Mensch anderen Gesetzmäßigkeiten unterstellt ist als die Materie. Sein Wesen ist nicht Verstand, sondern Gemüt. Jeder Verstoß gegen diese menschliche Eigengesetzlichkeit erzeugt Arbeitshemmungen.

Rechte Menschenführung und Menschenbehandlung in den Werken ist die betriebspädagogische Kunst, die menschliche Eigengesetzlichkeit mit der betrieblichen Bedingtheit in den besten Einklang zu bringen. Der Erfolg ist dann reibungsloser Betrieb schaffensfroher Menschen und ein Optimum an Wirtschaftlichkeit. Ueber diese Führerkunst hinaus gibt es aber noch eine Führerverpflichtung: Der Führer muß neben König in seinem Reich auch dessen erster Diener sein.

Auf diesem Gebiete ist vom Dinta seit 12 Jahren stille Vorarbeit geleistet worden, die seit 8 Jahren auch schon auf einer Reihe von Werken praktisch durchgeführt wird. Jetzt, wo das Dinta Organ der Deutschen Arbeitsfront geworden ist, soll seine Arbeit zum Allgemeingut aller deutschen Betriebe werden. Diese Arbeit würde aber nur Teilerfolge erzielen können, wenn nicht gleichzeitig durch den Nationalsozialismus eine umfassende Arbeitsidee in die Herzen aller schaffenden Menschen gepflanzt worden wäre. Ueber dem Einzelegoismus, dem Betriebsegoismus, dem Wirtschaftsegoismus hat er das Arbeitsideal ausgerichtet: Alle Arbeit für Volk und Nation. Am Tage des Festes der deutschen Arbeit ist dies zum ersten Male öffentlich manifestiert worden und hat eine inbrünstige Gläubigkeit in allen schaffenden Ständen erzeugt.

Da aber jahrzehntelang eine gerade umgekehrte Art der Erziehung betrieben worden ist, auch die menschliche Ichsucht eine der stärksten Triebkräfte darstellte, wird es jahrelanger planvoller Erziehung bedürfen, um dies Ziel zu erreichen. Lehrwerkstätten, Hitlerjugend, Arbeitsdienst, NSBO. werden diese Erziehungsarbeit zu leisten haben.

Der Arbeitsbeschaffungsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags an der Arbeit.

Der Arbeitsbeschaffungsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags trat am 4. Oktober unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. v. Kenteln zum ersten Mal seit seiner Berufung zusammen. Die starke Beteiligung sowohl seitens der Mitglieder des Ausschusses wie seitens der Vertreter der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung und anderer amtlichen Stellen, ferner der befreundeten Spitzenverbände der Wirtschaft legte Zeugnis ab für das große Interesse, das den Arbeiten dieses Ausschusses entgegengebracht wird.

Dr. v. Kenteln bezeichnete die völlige Wiedereingliederung des deutschen Arbeitsmenschen in den Arbeitsprozeß als die vordringlichste Aufgabe der Gegenwart. Die von der Reichsregierung getroffenen umfangreichen Maßnahmen, die zweierlei Zweck verfolgen: Hebung der privaten Initiative und daneben Nachhilfe mit weitreichender öffentlicher Arbeitsbeschaffung, haben bereits den Erfolg gehabt, daß sich die Arbeitslosigkeit seit ihrem Höchststand um 2 Millionen verringert hat. Dennoch steht eine schwere Arbeit bevor. Das Ziel dieser Arbeit muß sein, die nunmehr staatlich eingeleitete einmalige Entfaltung und Anregung der Wirtschaftskräfte in eine Dauerbeschäftigung der Menschen umzuleiten.

Die Wiederherstellung des Vertrauens, die bei der Machtübernahme durch Adolf Hitler erzielt wurde, ist an sich schon eine gute Arbeitsbeschaffung. Daneben müssen alle sich bietenden Möglichkeiten der natürlichen Arbeitsbeschaffung wahrgenommen werden. Das bedeutet zum Beispiel Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage, die nicht einseitig nur die Rechtsverhältnisse der Schuldner berücksichtigt, sondern Gläubiger- und Schuldnerrechte gegeneinander abwägt, es bedeutet Anpacken der Steuerfragen mit dem Ziel einer Vereinfachung und Entlastung, es bedeutet organische Zinssenkung, Senkung der von der öffentlichen Hand bestimmten Tarife und Gebühren, der sozialen Lasten, es bedeutet schließlich Erhaltung des Preis- und Lohnstandes. Auch die Handelspolitik kann durchaus zur Förderung der Beschäftigung dienen und es gilt, hier neue Wege zu finden, um beispielsweise durch Austauschverträge, die zu zusätzlicher Ausfuhr führen, der Beschäftigung neue Anregungen zu geben.

Der Präsident unterstrich die Wichtigkeit einer großzügigen Heimstättenfiedlung, die nicht nur aus ethischen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen der Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in ihren verschiedensten Formen zu fördern sei. Mit dieser Siedlungspolitik verträgt sich sehr gut die Werterhaltung und Wertvergrößerung des städtischen Grundbesitzes. Die Reichsregierung hat durch ihre verschiedenen Maßnahmen gezeigt, welche Bedeutung sie dem Hausbesitz für die Arbeitsbeschaffung zumißt.

Der Präsident begrüßte die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen zur weiteren Anregung der Neubautätigkeit. Ihr sind leider starke Grenzen gezogen, weil in der marxistischen Zeit in übersteigertem Tempo gebaut worden ist. Ein Bedarf kann gegenwärtig in der Hauptsache für kleinste und billigste Wohnungen, der allerdings zum Teil durch Umbau größerer Wohnungen befriedigt werden kann, anerkannt werden. Um diese Neubauarbeit anzuregen, empfiehlt der Präsident eine Erhöhung der Mündelsicherheit der ersten Hypotheken und die Pflege stärkerer Hergabe von

Kleinhypotheken sowie Ermäßigung der Besitzwechselabgaben, Aufhebung aller staatlichen Eingriffe in die Mietpreisbildung, Herabsetzung der öffentlichen Gebühren, Senkung der Anliegerbeiträge, Milderung der Baubeschränkungen, wie überhaupt Befreiung von bürokratischen Hemmnissen.

Der Präsident schloß mit der Aufforderung, dafür zu sorgen, daß überall im Deutschen Reich alle Kräfte angespannt werden, um Arbeit zu suchen und zu schaffen.

Sodann ergriff der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Fritz Reinhardt, das Wort zu ausführlichen, von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen über die Finanz- und Steuerpolitik der Reichsregierung. Diese Politik wird, solange es noch Arbeitslose gibt, in erster Linie auf Verminderung und schließlich Beseitigung der Arbeitslosigkeit abgestellt sein müssen. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit ist die elementarste Voraussetzung für eine Gesundung unserer öffentlichen Finanzen und für eine durchgreifende Senkung der auf der Produktion und auf dem Verbrauch ruhenden Steuern.

Durch das Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahnen“ ist die Schaffung eines leistungsfähigen Netzes von Kraftfahrbahnen vorgesehen. Es ist der Bau von Fernstraßen in einer Länge von insgesamt 6 000 Kilometern in Aussicht genommen. Die Durchführung dieses Plans bedeutet auf die Dauer von sechs Jahren unmittelbar und mittelbar Arbeit für mindestens 500 000 Mann.

Durch das Gebäudeinstandsetzungsgesetz vom 21. September 1933 stellt das Reich 500 Millionen Reichsmark zur Förderung von Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden zur Verfügung. Die Gebäudeinstandsetzung führt zu einem Umsatz von 2 Milliarden, wenn alle, die es angeht, hier ihre Pflicht tun.

Die vierte finanzpolitische Maßnahme ist das Gemeindeumschuldungsgesetz vom 21. September 1933. Dieses Gemeindeumschuldungsgesetz bringt allen denjenigen Gemeinden eine Erleichterung, die wegen ihrer kurzfristigen Verschuldung notleidend geworden sind oder in absehbarer Zeit notleidend zu werden drohen. Durch die Umschuldung werden die Gemeinden nicht nur von dem Druck der Fälligkeiten in Summe von etwa 2 Milliarden befreit, sondern auch um etwa 50 Millionen Reichsmark jährlich an Zinsendienst entlastet. Eine weitere Entlastung erfahren die Gemeinden durch das Gesetz über Änderungen der Arbeitslosenhilfe, wonach ihnen die Leistung des Krisenfünftels endgültig abgenommen und ihre Eigenlast nach oben begrenzt wird.

Diese Entlastungen geben den Gemeinden die Möglichkeit, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen. Die Folge davon wird sein, daß sie über den Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinaus wieder mehr, als das in den letzten Jahren möglich war, als Auftraggeber von Industrie, Gewerbe und Handwerk werden in Erscheinung treten können.

Der Staatssekretär ging dann auf die steuerpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung Adolf Hitler ein. Er forderte insbesondere dazu auf, immer und überall dafür zu werben, daß die Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen so weit als möglich in Anspruch genommen wird.

Dem Gesetz zur Förderung der Eheschließungen gemäß werden seit Anfang August 1933 Ehestandsdarlehen durch das Reich gewährt. Die Zahl der bewilligten Ehestandsdarlehen wird bis Ende September 30 000 überschritten haben, sie wird ab Oktober laufend monatlich mindestens 20 000 erreichen.

Auch das Auskommen an freiwilliger Spende zur Förderung der nationalen Arbeit steht zur Verfügung, um in den Kampf gegen ein Wiederansteigen der Arbeitslosenziffer in den Wintermonaten eingesetzt zu werden. Das Auskommen hat bis heute rund 60 Millionen Reichsmark erreicht und wird, wenn alle Volksgenossen auch in Zukunft ihre Pflicht

tun, bis zum 31. März 1934 150 Millionen Reichsmark erreichen.

Ausgehend von Darlegungen über die Lage des Reichshaushalts erklärte der Staatssekretär, daß sich die Ausgaben und Einnahmen des Reichs in den ersten fünf Monaten des laufenden Rechnungsjahres die Waage gehalten haben. Kassen Schwierigkeiten haben sich in diesen fünf Monaten nicht ergeben und werden sich auch in den weiteren Monaten des Rechnungsjahres nicht ergeben.

Das Reichsfinanzministerium ist gegenwärtig bei den Vorarbeiten für eine grundlegende Vereinfachung des gesamten Steuerwesens. Mit der Vielheit der Steuern und mit der Kompliziertheit des Steuerrechts muß Schluß gemacht werden. Es muß ein Steuersystem geschaffen werden, das sozial gerecht ist, und die Steuern müssen wirtschaftlich fragbar sein.

Die Steuervereinfachung wird darin bestehen, daß die Vielheit von Steuern des Reichs, der Länder und der Gemeinden abgelöst werden wird durch einige große Steuern, die die Einnahmequellen für die Gesamtheit von Reich, Ländern und Gemeinden sein werden. Den Ländern und Gemeinden wird genügend Spielraum zur Anpassung ihres Steuerbedarfs an die örtlichen Verhältnisse gegeben sein, die Buntfleckigkeit an Steuern der verschiedenen öffentlichen Körperschaften wird jedoch beseitigt sein.

Der Steuervereinfachung gemäß wird auch eine einheitliche Steuerverwaltung geschaffen werden. Der Steuerpflichtige wird dann nur noch einer einzigen Stelle, nämlich dem Finanzamt, Steuererklärungen abzugeben haben, nur noch von dieser einzigen Stelle Steuerbescheide erhalten und nur noch an diese einzige Stelle Steuerzahlungen zu leisten haben. Die Lösung dieser Aufgabe scheint schwierig, aber der nationalsozialistischen Regierung erscheinen keine Aufgaben, die sie sich einmal gestellt hat, als in der Durchführung unmöglich. Die Vereinfachung wird eine wesentliche Senkung der Verwaltungskosten mit sich bringen, was weiteren Steuerentkennungen zugute kommen wird.

Der Staatssekretär befaßte sich auf Zursatz sodann mit dem Problem der Hauszinssteuer, die als die am meisten abbaureife Steuer in weiten Kreisen mit Recht angesehen werde. Wenn in der Wirtschaft Stimmen laut wurden, wonach eine Senkung der Hauszinssteuer vielleicht zweckmäßiger gewesen wäre als die 500 Mill. RM. Zuschüsse zu den Instandsetzungsarbeiten, so betonte er demgegenüber, daß der Abbau der Hauszinssteuer nicht die Gewähr dafür gegeben hätte, daß sich jeder Hausbesitzer an der sofort notwendigen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung nach Kräften beteiligt. Im Rahmen der großen Steuerreform wird man sich selbstverständlich sehr eingehend auch mit der Hauszinssteuer befassen.

Das geschäftsführende Präsidialmitglied, Dr. Hilland, sprach über die Ergebnisse der bisherigen Fachauschussarbeiten des Deutschen Industrie- und Handelstags für das Arbeitsbeschaffungsproblem. Die Aufgabe des Arbeitsbeschaffungsausschusses ist es, die in den Fachauschüssen vorbereiteten Anregungen auf diesem Gebiete weiter zu bearbeiten. So hat der Kreditausschuß die Forderung nach einer Auflistung der Großbanken in bodenständig verwachsene Regionalbanken erhoben und begründet. Es liegt auf der Hand, daß solche Regionalbanken besser in der Lage sind, die örtlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu unterstützen als von einer Zentrale und vom grünen Tisch geleitete Großbanken. Der Steuerauschuß hat die Forderung nach einem Abbau des aufgeblähten Steuerapparats erhoben und darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Arbeitsnot auf den Steuerdruck zurückgeht. Er hat die Beseitigung der Hauszinssteuer im Interesse einer Entlastung des Hausbesitzes gefordert, nicht, um diesem einen Sondervorteil zu verschaffen, sondern um

die in ihm vorhandenen volkswirtschaftlichen Werte zu erhalten und zu stärken. Der Ausschuß für Sozialpolitik hat u. a. auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Lohnstandes hingewiesen, um eine Beeinträchtigung der Kaufkraft zu vermeiden. Ferner hat er sich für Entlastungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung ausgesprochen; auch sie kommen dem Arbeitsmarkt zugute, wie bereits die steuerliche Behandlung der Hausgehilfsinnen zeigte. Er hat sich mit dem Problem der Arbeitsstreckung befaßt und auf die Verpflichtung aller Betriebe hingewiesen, Ueberarbeit zu vermeiden, dafür aber die beschäftigten Arbeitnehmer auch über die schwere Zeit hinweg in der Arbeit zu halten. Lohnsubventionen hat er abgelehnt. Der Verkehrsausschuß hat sich mit der großen Bedeutung der Autobahnstraßen beschäftigt, sowie die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kanalbauten unter Abwägung auch der ihnen entgegenstehenden Gesichtspunkte geprüft. Besondere Bedeutung kommt — ein Gedanke, der auch in der anschließenden Diskussion noch unterstrichen wurde — dem Hansakanal als einem Mittel zur Erhaltung des Ostseemarktes für die deutsche Produktion zu.

Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, äußerte sich über die Aufgaben auf dem Gebiete des Autostraßenbaues. Die bisherigen Strecken sind unter dem Gesichtspunkt in Angriff genommen worden, daß die Straßenlinien hier vollkommen klar liegen. Im nächsten Jahr wird man weitere große Straßenbauten in Angriff nehmen. Die Finanzierung eines Straßennetzes von 6 000 Kilometern ist bereits gesichert.

Dr. Todt warnte vor einer ungesunden Ausblähung in der Bauindustrie. Der vorhandene Apparat reicht völlig aus, um der kommenden Aufgaben Herr zu werden. Bei einer weiteren Ausdehnung würde nach Ablauf einer bestimmten Zeit keine Arbeitsmöglichkeit mehr vorhanden sein. Darum wird man bei der Heranziehung zum Straßenbau die bestehenden alten Industriebetriebe schützen. Man wird dem Gesichtspunkt der Heranziehung mittlerer und kleiner Unternehmen Rechnung tragen, dabei aber auch die großen Unternehmen nicht vernachlässigen, wobei es sich bisher als zweckmäßig erwiesen hat, ihnen die Heranziehung kleinerer Betriebe zur Auflage zu machen. In der Preispolitik wird man von dem bisher üblichen Grundsatz der Billigkeit auf jeden Preis abgehen, da dieser Grundsatz häufig der Erzeugung von Qualitätsleistungen im Wege stand.

Für die Gesamtstraßenbaupolitik werden die wichtigsten Gesichtspunkte die der Arbeitsbeschaffung und der Wirtschaftsbelebung sein. Man wird daher nach Möglichkeit die Aufträge an Privatunternehmen vergeben, auch dort, wo ein anderes Verfahren vielleicht technisch zweckmäßiger wäre.

Sonntagsruhe.

Unsere Kammer hatte den Deutschen Industrie- und Handelstag auf die Gefahren hingewiesen, welche mit einer einheitlichen Regelung der Sonntagsruhe verbunden sind, die Pressenachrichten zufolge vom Reichsarbeitsministerium vorbereitet wird. Sie hat zum Ausdruck gebracht, daß die Verhältnisse im agrarischen Osten allzusehr von denen des übrigen Deutschlands abweichen, als daß eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ohne schweren Schaden für den Einzelhandel im Osten möglich wäre.

Diese Auffassung wird von den Mitgliedskammern des Zweckverbandes in Königsberg und Schneidemühl geteilt. Der Zweckverband hat daher den Deutschen Industrie- und Handelstag, die zuständigen Stellen immer wieder wissen zu lassen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens besonderer Art sind und daß nicht einmal eine einheitliche Regelung nur für den gesamten Osten möglich wäre.

Verkaufssonntage vor Weihnachten.

Der Preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit hat durch Erlass vom 4. August d. J. darauf hingewiesen, „daß — vorbehaltlich einer etwaigen gesetzlichen Regelung — im Monat Dezember für den Weihnachtsverkauf nur die zwischen dem 8. und 24. Dezember liegenden Sonntage, in diesem Jahre also der 10., 17. und 24. Dezember, gem. § 105 b Abs. 2 GO. freigegeben werden sollen. Die Vorschriften des Gesetzes vom 13. Dezember 1929 über den Ladenschluß am 24. Dezember gelten unverändert, Ausnahmen von diesen Bestimmungen können nicht zugelassen werden.“

Der Silvestertag fällt in diesem Jahre auf einen Sonntag. Vom Einzelhandel ist deshalb gewünscht worden, daß der Verkauf an diesem Sonntag ermöglicht wird, da der 31. Dezember für einzelne Handelszweige (z. B. Lebens- und Genussmittel-, Tabakwaren-, Wein- und Spirituosen-, Schreibwaren-, Drogenhandel) außergewöhnliche Bedeutung besitzt. Bei dieser Sachlage habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß für einzelne oder mehrere Geschäftszweige an Stelle eines der Sonntage vor Weihnachten — in der Regel wird wohl dafür der sogenannte kupferne Sonntag (10. Dezember) in Frage kommen — der 31. Dezember für den Verkauf gem. § 105 b Abs. 2 GO. freigegeben wird. Ein etwaiger Austausch eines Verkaufssonntages vor Weihnachten gegen den Silvester Sonntag wird nach örtlichen Gesichtspunkten zu beurteilen und entsprechende Anträge werden daher in der Regel nur für einzelne Orte unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Bevölkerung und der Wünsche des Einzelhandels zu entscheiden sein.

Ebenso bestehen keine Bedenken dagegen, daß in Gemeinden, in denen der Sonntag vor Nikolaus (in diesem Jahre der 3. Dezember) eine besondere Bedeutung als Verkaufstag besitzt, auf Antrag ein Austausch eines der allgemeinen für den Verkauf freizugebenden Sonntage vor Weihnachten gegen diesen Sonntag stattfindet.

Mehr als drei Verkaufssonntage dürfen im Dezember ohne meine vorherige Zustimmung, die g. F. jedoch nur aus besonderem Anlaß für einen einzelnen Ort erteilt werden würde, nicht freigegeben werden. Bei Anträgen auf Freigabe des Silvestersonntags oder des Sonntags vor Nikolaus ist darauf hinzuweisen, daß diesen Anträgen nur bei Verzicht auf einen der drei Verkaufssonntage vor Weihnachten entsprochen werden kann und im Falle der Genehmigung etwaige Beschwerden wegen abweichender Regelungen in benachbarten Orten unberücksichtigt bleiben müssen.“

Einzelhandel.

Der Einzelhandel im neuen Reich.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag eröffnete die Reihe seiner nach der Sommerpause einsetzenden Arbeitstagen am 7. September mit der ersten Sitzung des vom Präsidenten Dr. v. Kenteln neu konstituierten Einzelhandelsausschusses. Der Vorsitzende, Dr. J. van Norden, Köln, wies in seiner Begrüßungsansprache, in der er insbesondere auch die zahlreich anwesenden Regierungsvertreter willkommen hieß, auf die großen Probleme hin, die im Einzelhandel noch der Lösung harren. Sie in vertrauensvoller Zusammenarbeit innerhalb des Berufsstandes wie mit den Regierungsstellen der Klärung entgegenzuführen, die berechtigten und durchsetzbaren Wünsche des Einzelhandels unter Zurückstellung übertriebener Forderungen und in Betonung der eigenen Pflichten, immer mit dem Blick auf das große Ganze der deutschen Volkswirtschaft, erfüllen zu helfen, bezeichnete der Vorsitzende als hervorragendste Aufgabe des Ausschusses. Im Namen der Reichsregierung und des

Preussischen Wirtschaftsministeriums begrüßte sodann Ministerialrat Hoppe die Versammlung und brachte das große Interesse zum Ausdruck, das amtlicherseits den Arbeiten des Ausschusses entgegengebracht wird.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstags, Dr. Paul Hilland, unterstrich in einem groß angelegten Referat „Der Einzelhandel im neuen Staat“ zunächst die hervorragende Bedeutung des Einzelhandels für die Volkswirtschaft und insbesondere auch für die Arbeitsbeschaffung. Gegenüber neuerdings manchmal auftauchenden Meinungen, als nehme der Handel in der Volkswirtschaft nur die gegenüber der Produktion an Bedeutung zurücktretende Funktion des Mittlers wahr, wies Dr. Hilland auf die produktiven Funktionen des Einzelhandels hin, der den Bedarf der Verbraucherschaft und seine Wandlungen vielfach erst feststellt, und so von sich aus der Technik Anregungen und die Möglichkeit zu Betätigungen gibt, der als Erzieher zum Verbrauch von Qualitätswaren so eine große Pionierarbeit für die Industrie geleistet hat und weiterhin leisten muß. Wenn unter marxistischer und liberalistischer Herrschaft auch leider ein jüdischer Krämergeist in Teile des deutschen Einzelhandels eingedrungen sei, so sei der Kern des händlerisch eingestellten deutschen Menschen durchaus gesund und kann sich stolz als Nachfolger des alten königlichen Kaufmannes der Hansestädte fühlen, dessen Tradition als Kulturträger er fortgesetzt hat und weiter fortsetzen wird. Eine im Geiste Adolf Hitlers geführte Erziehungsarbeit wird den deutschen Einzelhandel bald auch von den letzten ihm noch anhaftenden Schlacken befreien. Die nationalsozialistische Bewegung hat die Bedeutung des mittelständischen Einzelhandels frühzeitig erkannt, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt des Aufstiegs berufskundiger deutscher Arbeitnehmer zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung, eines Aufstiegs, der in den weitaus meisten Fällen in das mittelständische Gewerbe führt.

Dr. Hilland behandelte sodann eine Reihe von Einzelfragen, die gegenwärtig im Einzelhandel im Vordergrund des Interesses stehen. Er begrüßte das Verbot des Zugabewesens und wies darauf hin, daß eine eigens hierfür eingesetzte Kommission sich damit beschäftige, dafür zu sorgen, daß denjenigen Industriebetrieben, die durch das Zugabeverbot an Umsatz einbüßen sollten, entsprechender zusätzlicher Absatz im Einzelhandel geschaffen werde, der es verhindert, daß durch das Zugabeverbot deutsche Menschen ihre Arbeit verlieren. Dr. Hilland bezeichnete eine Erweiterung des Zugabeverbotes auch auf das Gebiet des Rabattwesens im Endziel als notwendig. Er begrüßte das Sperrgesetz für den Einzelhandel, betonte jedoch, daß eine Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes um 1 Jahr notwendig erscheine und daß es auch noch Lücken im Gesetz zu schließen gelte. Insbesondere wäre eine Ausdehnung auf Versandgeschäfte, Straßenhandel und Geschäfte ohne eigenes Lager erforderlich, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Reinhaltung des Einzelhandelsstandes von artfremden Elementen.

Dieser Tendenz diene auch der Gedanke der Schaffung einer Händlerkarte, den zur Erörterung zu stellen zweckmäßig erscheint. Nur wer über eine ausreichende kaufmännische Ausbildung verfüge, u. a. den Verkehr mit der Kundschaft und entsprechende Warenkenntnisse aus einer hinreichenden Lehrzeit beherrscht, sollte in Zukunft ein eigenes Geschäft betreiben können. Dies sei eine Forderung, die nicht zuletzt auch unter sozialpolitischem Gesichtspunkt im Interesse der Kaufmannsgehilfen berechtigt sei. Des weiteren sprach Dr. Hilland die Hoffnung aus, daß die Bank-Engpässe und der Umbau der deutschen Kreditversorgung weiterhin bessere Kreditmöglichkeiten für den Einzel-

handel bringt. Er brachte hierbei die Auffassung zum Ausdruck, daß für die Kreditversorgung des Einzelhandels weniger die Großbanken und ihre Filialen als vielmehr die gesunden mittleren und kleinen Privatbankiers in Frage kommen, da die persönliche Fühlungnahme zwischen dem Einzelhändler und diesen Bankiers für den zur Erörterung stehenden Fragenbereich besonders wertvoll sei.

Der Redner wandte sich dann gegen den Vorwurf der Preistreiberei, der häufig gegen den Einzelhandel erhoben wird. Der Einzelhandel sei das letzte Glied einer Kette und werde zu seiner Preisstellung mehr oder weniger von Faktoren gezwungen, die er nicht zu bestimmen vermag. In diesem Zusammenhang wies Dr. Hilland auf die unter Mitwirkung des Deutschen Industrie- und Handelstags zwischen Industrie, Groß- und Einzelhandel geschaffene Arbeitsgemeinschaft hin, die sich mit der Preisgestaltung beschäftigt und etwa auftretenden Fällen von Profitgier und Uebertreibungen in der Preisgestaltung bei allen Wirtschaftsstufen entgegenzutreten beabsichtigt. Der Redner schloß mit dem Hinweis auf die selbstverständliche tätige Bereitschaft des deutschen Einzelhandels, sich an dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft nach Kräften und in voller Opferbereitschaft zu beteiligen, aber auch die ihm gebührende Stellung in ihr gegenüber unberechtigten und auf Verkennungen beruhenden Angriffen zu verteidigen.

Dr. Hilland begrüßte freudig die enge, viel beachtete erfreuliche Zusammenarbeit zwischen den Berufsverbänden des Einzelhandels und den zuständigen Regierungsstellen und dankte insbesondere dem Reichswirtschaftsministerium, dem Preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit wie dem Preiskommisär für das rege Interesse, das sie den Arbeiten der Verbände entgegenbringen.

Im Anschluß an seinen Vortrag wurden dessen Ausführungen in Vorträgen von Dr. Große, Berlin, über das Gesetz zum Schutze des Einzelhandels und von Dr. Rückert, Leipzig, über die gesetzliche Regelung des Rabattwesens wie in einer sehr lebhaften Diskussion, die in allem Wesentlichen volle Zustimmung zu den Gedankengängen des Hauptreferats erbrachte, ergänzt und weiter vertieft.

Im Verlauf der Diskussion ergriff nochmals Ministerialrat Dr. Hoppe vom Reichswirtschaftsministerium das Wort und nahm für seine Person Stellung zu verschiedenen in den Referaten herausgestellten Fragen. Er pflichtete auch dem Teil der Ausführungen von Dr. Hilland bei, der sich mit dem Wesen und der Bedeutung des selbständigen deutschen Kaufmanns befaßte. Ministerialrat Hoppe hob unter lebhaftem Beifall hervor, daß der Wert und die außerordentliche Bedeutung des deutschen Kaufmanns nach seiner Auffassung niemals in einer nationalsozialistischen Wirtschaft übersehen werden würden. Gerade die verantwortliche Führung unseres Volkes werde es sich sicherlich angelegen sein lassen, sich den Eifer und die Bereitschaft eines so wertvollen Bestandteiles des deutschen Volkes, wie ihn der deutsche Kaufmann darstelle, für den nationalsozialistischen Staat dauernd zu erhalten. Es sei notwendig, daß der Nationalsozialismus und die nationalsozialistischen Führer des Handels durch ständige Erziehung jenen vorbildlichen, echt deutschen Kaufmann stärken und fördern, wie ihn Gustav Freytag in seinem „Soll und Haben“ geschildert hat.

Saisonschluß- und Inventurverkäufe.

Die Detaillistenkammer Hamburg wies in einer Zuschrift an uns darauf hin, daß eine Menge minderwertiger Ware lediglich für die Zwecke der Saisonschluß- und Inven-

turverkäufe hergestellt würde. Die Verbraucherschaft nehme selbstverständlich an, daß bei diesen Veranstaltungen nur die mode- oder saisonbedingten Warenrückstände abgesetzt würden, sie würde aber lebhaft enttäuscht sein, wenn sie wüßte, daß eine Unmenge Waren für diese Veranstaltungen besonders zugekauft werden. Die Detaillistenkammer Hamburg glaubt, daß hiergegen vorgegangen werden soll. Man müsse allmählich erreichen, daß die in Frage kommende Industrie die Herstellung dieser Waren immer mehr einschränke. Diese Umstellung müßte allmählich vor sich gehen, um Entlassungen von Arbeitnehmern tunlichst zu vermeiden. Nach Ansicht der Kammer sei jetzt die Zeit gekommen, derartige Verhandlungen mit den besonders beteiligten Industrie- und Handelskammern aufzunehmen, um dann in Verbindung mit der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels die erforderlichen Maßnahmen bei den in Frage kommenden Industriezweigen durchzuführen zu können.

Unsere Kammer schloß sich der Auffassung der Detaillistenkammer Hamburg an. Geht man davon aus, daß die Saisonschluß- und Inventurverkäufe Einrichtungen sind, die der Geschäftswelt die Möglichkeit geben sollen, Waren, die einem häufigen Modewechsel unterliegen, nach Schluß der Saison zu ermäßigten Preisen beschleunigt zu veräußern, so ist es mit dem Zweck dieser Veranstaltungen nicht in Einklang zu bringen, wenn die vorhandenen Warenmengen vorher durch Waren ergänzt werden, die für diese Veranstaltungen besonders hergestellt worden sind. Es wäre daher sehr zu begrüßen, wenn Bemühungen im Sinne des Hamburger Vorschlages Erfolg hätten.

Warenvertrieb durch Schnellverkaufs- oder Stöpselapparate.

Der Vertrieb von Schokolade durch Stöpselapparate hat nach Auffassung der Fachkreise, wie wir dem Deutschen Industrie- und Handelsstag mitgeteilt haben, keinen zusätzlichen Umsatz, sondern nur eine Verschiebung der Absatzverhältnisse auf dem Schokoladenmarkt herbeigeführt. Denn es ist die Beobachtung gemacht worden, daß der Schokoladenumsatz des Einzelhandels alsbald nach Auftauchen der Apparate beachtlich zurückging. Bei einem Verschwinden der Apparate würde sich das Publikum wieder mehr anderen Fabrikaten zuwenden und somit würden etwaige Entlassungen von Arbeitern in den betroffenen Werken durch Einstellung von Arbeitern in anderen Schokoladenfabriken ausgeglichen werden. Es liege also keine Veranlassung vor, bei der Entscheidung über ein Verbot der Apparate die wettbewerbsrechtlichen Bedenken wegen zu befürchtender Arbeiterentlassungen zurückzustellen.

Straßenhandel. Stadthausierer.

In der Dezember-Nummer 1932 (S. 94) haben wir Kenntnis davon gegeben, daß der Magistrat in Stolp einen Erlaubniszwang für den Straßenhandel und das Stadthausieren in Stolp eingeführt hat. Die Kammer hat nunmehr dem Regierungspräsidenten in einem Gutachten empfohlen, den Erlaubniszwang für den gesamten Kammerbezirk anzuordnen.

Handelsvertreter.

Der Zentralverband Deutscher Handelsvertreter-Vereine führt Klage darüber, daß sich dem Handelsvertreterberuf mehr und mehr Personen zuwenden, die die erforderliche Eignung vermissen lassen. In der Hauptsache handelt es sich dabei um solche Personen, die sich in ihrem ursprünglichen Beruf nicht zu behaupten vermochten und mangels anderer Unterkunftsmöglichkeiten versuchen, sich auf diesem Wege

ein Einkommen zu verschaffen. Auch befähigen sich vielfach Ruhegehaltsempfänger, Rentner und dergl. als Handelsvertreter, ohne die erforderlichen Fachkenntnisse zu besitzen. Es liegt auf der Hand, daß hierunter das Ansehen des Handelsvertreterstandes leidet und es ist verständlich, daß der Stand bemüht ist, solche Elemente fernzuhalten. Unsere Kammer bittet die Kaufmannschaft, ihn in diesen Bemühungen zu unterstützen und sich nur solcher Handelsvertreter zu bedienen, die ihr Gewerbe als Handelsvertreter angemeldet haben und durch ihre Erfahrungen in dem besonderen Geschäftszweig wie auch im Verkehr mit der Kundschaft die Gewähr dafür bieten, daß die Geschäfte in ordnungsmäßiger Weise abgewickelt werden.

Außenhandel.

Der Außenhandel im neuen Staat.

Der vom Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstags, Dr. von Renteln, berufene Außenhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags trat am 19. September bei außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Regierungsvertretern und Vertretern der Wirtschaftsverbände zusammen.

Das geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstags, Dr. Hilland, gab einleitend einen Überblick über die derzeitige handelspolitische Lage und betonte, daß über aller Sorge um die Wiedergesundung der Binnenwirtschaft auch die Pflege des Außenhandels nicht vernachlässigt werden dürfe eingedenk der Worte des Führers, der vor dem Reichstage am 23. März 1933 betonte, daß wir die Verbindung mit der Welt nötig haben und daß die Arbeit für den Absatz der deutschen Waren in der Welt viele Millionen deutscher Volksgenossen ernährt. Verfehlt freilich war die Erzwingung der Ausfuhr, die bei dem Kampfe um die sogenannten Zollkontingente voriges Jahr teilweise so weit ging, daß damit die Einfuhrinteressen der anderen Länder nach Deutschland verflochten wurden. Von wesentlicher Bedeutung für die deutsche Handelspolitik in der nächsten Zeit sei gerade die Rücksicht auf die Hilfe für den deutschen Bauern. Es werde daher an Belastungen der deutschen Ausfuhrwirtschaft im Interesse der Landwirtschaft auch in Zukunft nicht fehlen können. Es sei aber erforderlich, auch hier Opfer im Dienste an der gesamten Volkswirtschaft zu bringen.

Direktor Elfe, A. E. G. Berlin, der Vorsitzende des Ausschusses, betonte, daß pflegliche Ausnutzung aller handelspolitischen Möglichkeiten notwendig sei, wobei die Hauptarbeit im Rahmen einer von handelspolitischen Mischformen durchsetzten Uebergangszeit von den in der Exportwirtschaft Tätigen selbst geleistet werden muß. Die Handelspolitik kann hierfür nur Hilfestellung bieten, sollte aber den Einsatz der deutschen Einfuhr in ihrer Gesamtheit handelspolitisch auswerten, statt nur um Zollsätze zu feilschen. Die Erreichung größtmöglichen Umsatzes im gesamten Außenhandel liegt im Interesse aller Beteiligten. Die deutschen Gläubiger aber sollten sich besonders vor Augen halten, daß es nur durch Belebung der deutschen Ausfuhrwirtschaft wieder möglich sein wird, den nun einmal bestehenden deutschen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, zumal die deutsche Ausfuhr durch die Währungsentwertungen schon aufs schwerste in ihrem Wettbewerb gestört werde. Der wirtschaftlichen Logik widerspricht es, sich durch Boykott gegen deutsche Waren abzuschießen.

Von seiten der Geschäftsführung, Herrn Klein, wurden diese Ausführungen dahin ergänzt, daß ein Überblick über die vom Weltjudentum im Zusammenwirken mit margistischen Kreisen in zahlreichen Ländern betriebene Boykottpro-

paganda zeigt, daß dem deutschen Außenhandel zwar mancher Schaden zugefügt wurde, die Handelsbeziehungen zu den einzelnen Staaten im wesentlichen aber unberührt geblieben sind. Im übrigen dringe bei den von margistischen und jüdischer Propaganda anfänglich durch erfundene Greuelnachrichten beeindruckten Käuferschichten des Auslandes immer mehr die bessere Einsicht durch, daß ein Boykott deutscher Waren die Wirtschaft des Einfuhrlandes ebenso schädige wie die Wirtschaft Deutschlands; dies gelte namentlich für Länder, die wegen ihrer starken Ausfuhr nach Deutschland an der Erhaltung der deutschen Kaufkraft und Zahlungsfähigkeit interessiert seien.

In der Aussprache sprach für die Reichsregierung Ministerialdirektor Sarnow vom Reichswirtschaftsministerium und verwies besonders auf die allgemeinen Grundsätze der neuen deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik, die im Zusammenhang mit der Stärkung der nationalen Volkswirtschaft die Förderung unseres Außenhandels zum Ziele hat, und ließ erkennen, daß auch der Gedanke der sogenannten Großraumgebiete Gegenstand eingehender Prüfung ist.

Hierauf berichtete Dr. Siegert von der Geschäftsführung über die Notwendigkeit des deutschen Wirtschaftsschutzes und der Substanzerhaltung des deutschen Volkvermögens, die vielfach durch Betriebsabwanderungen und Auswanderung von Facharbeitern gefährdet wurden. Der Deutsche Industrie- und Handelstag habe schon früher eindringlich darauf hingewiesen, daß ein derartiges Verhalten an Landesverrat grenze; erfreulicherweise bestätigen die Erfahrungen, daß vornehmlich durch Belebung der Wirtschaft diese üblen Erscheinungen nachlassen. Besonderes Augenmerk sei aber nach wie vor der Ausfuhr von Produktionsmitteln und ähnlichen Gütern zu widmen, sofern diese dazu beiträgt, den deutschen Wettbewerb im Auslande zu erschweren.

Erforderlich sei endlich eine sorgfältige Prüfung der Preisstellung im Auslande, da es nicht anginge, daß unter hochgehaltenen volkswirtschaftlich ungerechtfertigten und die Verbraucherschaft schädigenden Inlandspreisen ins Ausland um jeden Preis verschleudert würde.

Senator Engelken, Hamburg, machte auf Grund seiner praktischen Erfahrung interessante Ausführungen über die große Bedeutung des deutschen Außenhandels in seinen vielfältigen Erscheinungsformen. Er sprach des weiteren über die Ergänzung der handelspolitischen Maßnahmen auf währungspolitischen Gebieten und über Erscheinungen des neuen Protektionismus im Auslande, der handelspolitisch mit allen Mitteln bekämpft werden sollte, wenn die Versuche internationaler Wirtschaftsverständigung über diese Fragen nicht sich selbst weiterhin lächerlich machen wollen.

An die Referate schloß sich eine lebhafte Aussprache, an der sich u. a. Gesandter Daif, Bremen, beteiligte.

Verschiedenes.

Winterhilfswerk.

Es ist jedem Volksgenossen nach wie vor in sein freies Ermessen gestellt, mit welchen Beiträgen er sich an dem Winterhilfswerk zu beteiligen wünscht. Es wird als selbstverständlich angenommen, daß jeder, der sich nicht außerhalb der Volksgemeinschaft stellen will, nach Kräften bemüht ist, zu seinem Teil an der Linderung der Not armer und ärmster Volksgenossen mitzuwirken. Die Führung des Winterhilfswerks ist sich jedoch darüber klar, daß mit einer übermäßigen, die Kräfte des Einzelnen übersteigenden Inanspruch-

nahme den eigentlichen Zielen, die sie sich stellt, nicht gedient ist. Um den Einzelnen vor einer solchen übermäßigen Inanspruchnahme zu schützen, ist der Gedanke der monatlich wechselnden Plakette entstanden, der dem Spender eines bestimmten, nach der Höhe seines Einkommens bemessenen Betrages die Gewähr gibt, daß er für weitere Sammlungen nicht mehr in Anspruch genommen wird. Dies gilt nicht für die Beträge, die am ersten Sonntag jeden Monats durch das Eintopfgericht erspart werden.

Für die Arbeiter und Angestellten, deren Einkommensverhältnisse klar liegen, war es nicht schwierig, einen Maßstab zu finden, der der Ausgabe der Plakette zugrundegelegt werden kann. Der Führer des Winterhilfswerks hat hierfür den folgenden Erlaß herausgegeben. Dieser Erlaß hat inzwischen im Absatz 2 insofern eine Änderung erfahren, als im Falle eines bereits bestehenden Lohn- oder Gehaltsabzuges für die Spende der nationalen Arbeit in Höhe von 1 % des Bruttoeinkommens diese Spende auf den für die Winterhilfe zu leistenden Betrag voll angerechnet wird. Als Mindestspende für die Winterhilfe und damit für den Erhalt der Plakette gilt dann der Betrag von mindestens RM. 1,— monatlich.

Schwieriger war es, einen Maßstab für die Beiträge zu gewinnen, die bei selbständigen Unternehmern und Firmen die Voraussetzung für den Erhalt der Plakette schaffen. Es haben hierüber im Deutschen Industrie- und Handelstag in gemeinsamer Aussprache mit den übrigen Spitzenverbänden und unter Beisein eines Herrn von der Leitung des Winterhilfswerks eingehende Beratungen stattgefunden, deren Ergebnis dem Führer des Winterhilfswerks die Unterlage für den zweiten folgenden Erlaß geboten hat.

Naturalspenden können auf die Geldbeträge volle Anrechnung finden; dabei ist von dem Einstandspreis auszugehen, den die Spender für die Naturalien zu entrichten hatten.

1.

Der 1. Oktober bildet den Auftakt für die Durchführung des Winterhilfswerks des deutschen Volkes. Zum ersten Mal setzt an diesem Tage die Sammeltätigkeit auf der Straße und von Tür zu Tür ein. Um von weiteren Sammlungen verschont zu bleiben, erhalten Spender, die monatlich einen bestimmten und angemessenen Betrag zeichnen, eine Plakette mit der Aufschrift „Wir helfen“. Diese Plaketten können an der Wohnungstür befestigt oder auch in Form von Anstecknadeln getragen werden und dienen als Kennzeichen und als Ausweis des Spenders.

Lohn- und Gehaltsempfänger erwerben sich die Plakette im allgemeinen bei einer Spende in Höhe von 20 % des Lohnsteuerabzuges für die Dauer des Winterhilfswerks (Oktober 1933 bis März 1934). Soweit schon ein Lohn- oder Gehaltsabzug für die Spende der Arbeit in Höhe von 1 % des Brutto-Einkommens erfolgt, wird dieser auf den für die Winterhilfe zu leistenden Betrag voll angerechnet. Als Mindestspende für die Winterhilfe gilt dann eine Reichsmark.

Die Arbeitgeber haben den Bedarf an Plaketten von den örtlichen Führern des Winterhilfswerks anzufordern. Um jedem Mißbrauch der Plaketten vorzubeugen, müssen diese den Stempel der Ausgabestelle tragen.

Der Entwurf der Plaketten, die aus Pappe bestehen und monatlich in Farbe und Ausdruck wechseln, wird von der Reichsführung des Winterhilfswerks hergestellt und den Landes- und Gauführern zur Vervielfältigung rechtzeitig übersandt.

Die für den Monat Oktober bestimmte Plakette, deren Entwurf den Landes- und Gauführern bereits zugegangen ist, enthält auf silbergrauem Grunde einen schwarzen Kochtopf

über roten Flammen und einen blauen Einfassungsring mit der Aufschrift „Wir helfen gegen Hunger und Kälte“.

Plakettenbeitrag für Firmen und selbständige Unternehmen, Gewerbe- und Handeltreibende, Handwerker, Angehörige der freien Berufe.

2.

Zum Empfang der Plakette ist berechtigt, wer sich zu einer Zahlung an das Winterhilfswerk in der Höhe von mindestens 10 % der ihm auferlegten Vorauszahlungen des ganzen Jahres auf Einkommen- und Körperschaftsteuer verpflichtet oder falls ein entsprechendes Einkommen (Gewinn) im Jahre 1932 nicht erzielt wurde, wer sich zur Zahlung von mindestens ½ je Tausend des Gewerbekapitals verpflichtet.

Wer weder Gewerbekapital besitzt, noch Einkommen- oder Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen zu leisten hat, hat sich, um die Plakette zu bekommen, mit einem seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Betrag zu beteiligen, mindestens aber monatlich 1 RM. an das Winterhilfswerk zu bezahlen.

Spenden zur nationalen Arbeitsbeschaffung, die während der Dauer des Winterhilfswerks bezahlt werden, können auf den Beitrag zum Winterhilfswerk voll angerechnet werden. Falls die Zahlungen zur nationalen Arbeitsbeschaffung den oben normierten Betrag zum Winterhilfswerk erreichen oder übersteigen, ist, um die Plakette zu erhalten, mindestens 1 RM. monatlich an das Winterhilfswerk abzuführen.

Ob die Festsetzung und der Einzug der einzelnen Beiträge durch unmittelbare Fühlungnahme des Beitragleistenden mit dem örtlichen Winterhilfswerk oder durch Vermittlung der zuständigen Ständesorganisationen erfolgen soll, bleibt der örtlichen Regelung überlassen.

Landwirtschaftliche Schuldverhältnisse.

Eine Umfrage der Kammer, die das Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse veranlaßte, hat ergeben, daß die Forderungen des Handels und der Industrie gegen Landwirte betragen:

a) rd. 3,1 Millionen RM. aus der Zeit vor dem 12. Juli 1931,

b) rd. 1 Million RM. aus der Zeit nach dem 12. Juli 1931.

Von den Forderungen unter b) entfällt etwa die Hälfte auf Lieferantenforderungen, die nach dem 31. März 1932 entstanden sind und nicht gekürzt werden sollen.

Bei den angegebenen Beträgen handelt es sich um Forderungen von etwa 100 Firmen, die auf unsere Umfrage geantwortet haben. Dies sind nur etwa 6 % aller Firmen unseres Bezirks (rd. 330 Industrie, 340 Großhandel und 1050 Einzelhandel), es handelt sich also nur um Forderungen eines kleinen Kreises. Daß nicht mehr Antworten eingegangen sind, glauben wir darauf zurückführen zu sollen, daß ein großer Teil der Gläubiger nach dem bisherigen Gang der Dinge jede Hoffnung auf Hilfe aufgegeben hat und sich daher nicht mehr die Mühe macht, Fragebogen auszufüllen. Die Gesamtforderungen sind u. W. wesentlich höher als die oben angegebenen Forderungen; das vorliegende Material ist also nicht vollständig. Es gibt aber bereits einen hinreichenden Anhaltspunkt für die Rückwirkungen des Gesetzes auf die Gläubigerkreise unseres Bezirks und bestätigt mit aller Deutlichkeit, daß die Lasten aus eigener Kraft nicht getragen werden können. Mit Entschiedenheit muß gefordert werden, daß die Allgemeinheit herangezogen wird.

Bekanntmachung der Entschuldungsverfahren.

Nach dem Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. Juni d. Js. sind die eröffneten Entschuldungsverfahren sowie die Namen der Entschuldungsstellen in den „Amtlichen Mitteilungen in Entschuldungssachen“ bekannt zu machen. In diesen „Amtlichen Mitteilungen“ werden auch die grundsätzlich wichtigen Richtlinien und Weisungen des Reichs Ernährungsministers abgedruckt, was angesichts der bisherigen Zersplitterung auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Not- und Osthilfsrechts sehr zu begrüßen ist.

Die „Amtlichen Mitteilungen in Entschuldungssachen“ erscheinen von Anfang Oktober 1933 ab einmal wöchentlich, nach Bedarf öfter.

Der Bezug kann zum Preise von RM. 2,40 monatlich nur durch das zuständige Postamt erfolgen. Etwa bereits unmittelbar aufgegebenen Bestellungen sind dort zu wiederholen.

Einzelnummern sind zum Preise von RM. 0,10 je 8 Seiten Druckbogen oder angefangenen Bogen direkt vom „Verlag der amtlichen Mitteilungen in Entschuldungssachen“, Berlin W. 9, Linkstraße 16, zu beziehen.

Landwirtschaftliche Wechsel.

Der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat bekanntlich die Kreditinstitute ebenso wie die übrigen Gläubiger landwirtschaftlicher Forderungen gebeten, ihre Fälligkeiten auf einen möglichst langen Zeitpunkt zu verteilen, damit die Landwirte nicht gezwungen sind, gleich nach der Ernte erhebliche Getreideverkäufe zu tätigen. In diesem Zusammenhang hat das Reichsbankdirektorium mitgeteilt, daß die Reichsbank in diesem Jahre ebensowenig wie früher auf eine vorzeitige und überstürzte Verwertung der Ernte drängen wird, damit die Wechsel bezahlt werden. Dies setzt indessen voraus, daß die unmittelbaren Gläubiger der Landwirte ihrerseits zu diesen Prolongationen bereit sind und durch Einreichung von Prolongationswechseln bei der Reichsbank die fälligen Wechsel abdecken. Andernfalls würde der Reichsbank eine Prolongation der fällig werdenden Wechsel nicht möglich sein. Das gleiche gilt natürlich auch für die privaten Banken.

Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Der Preussische Minister des Innern hat folgenden Runderlaß über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Gemeindeverbände herausgegeben:

Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Gemeindeverbände hat in der Nachkriegszeit in zahlreichen Fällen einen Umfang angenommen, der in den Kreisen der Privatwirtschaft zu oft begründeten Klagen Anlaß gegeben hat; namentlich in der Inflationszeit haben Gemeinden und Gemeindeverbände Wirtschaftsunternehmungen auf dem Gebiet der Industrie, des Handels, des Handwerks oder des Verkehrs begründet oder sich an derartigen Unternehmungen beteiligt, ohne daß ein öffentlicher Zweck für eine derartige Wirtschaftsbetätigung der Gemeinden vorlag. Gegen eine Fortsetzung dieser Entwicklung bestehen unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten erhebliche Bedenken.

Ich erwarte daher, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände insbesondere im Interesse des gewerblichen Mittelstandes von jeder Einrichtung neuer wirtschaftlicher Betriebe oder der Übernahme neuer Betriebszweige durch bestehende Betriebe Abstand nehmen.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag glaubt, daß nunmehr durch den Runderlaß des Preussischen Ministers des Innern und durch die Stellungnahme des Deutschen Gemeindetags Gewähr dafür gegeben ist, daß eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, wie dies von den Wirtschaftsorganisationen immer wieder gefordert wurde, nur erfolgt, wenn es das Wohl der Gesamtheit unbedingt erfordert und wenn die Grenzen volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit gewahrt werden.

Industriestandorte.

Auf eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstags über die Möglichkeiten besserer Verteilung der Industrie in Deutschland wurde von unserer Kammer folgende Schilderung gegeben:

„Die Auflockerung der Zusammenballung ist, wie wir bereits kürzlich bemerkten, seit Jahren ein vielberedetes Thema, aber immer wieder ist zu beklagen, daß so manche Maßnahme, die getroffen wird, die Verdichtung der Bevölkerung weiter fördert. Es ist zu begrüßen, daß die nationale Erhebung Anschauungen an das Ruder gebracht hat, die endlich ein tatkräftiges Vorgehen erwarten lassen, wie es gerade zur Erhaltung des deutschen Ostens notwendig ist. Will man hier die Bevölkerung verdichten und damit der Landwirtschaft einen nahen Absatz für die Spitzen ihrer Produktion sichern, so ist neben der Pflege der Landwirtschaft und einer zweckmäßigen Siedlung die Belebung des gewerblichen Lebens die Grundvoraussetzung.

Hierfür aber wiederum sind zwei Vorbedingungen zu erfüllen. Einmal muß dem Osten das nötige Blut zugeführt werden, indem die durch die Grenzerreißung und ihre Wirkungen noch gesteigerte Kapitalschwäche behoben wird und im Zusammenhang hiermit die Zinssätze ermäßigt werden, die regelmäßig über denen Mitteldeutschlands und Westdeutschlands liegen. Zweitens muß die Reichsbahnverwaltung endlich davon Kenntnis nehmen, daß das im übrigen einigermaßen abgerundete Reichsgebiet im Osten zerrissen ist, sodaß in der Mitte eine starke polnische Einbuchtung und im Nordosten und im Südosten schmale deutsche Ausbuchtungen vorhanden sind. Damit ist für den Nordosten und Südosten eine Entfernungslage nach dem Verlust des natürlichen Absatzes in der Nachbarschaft geschaffen worden, welche ihren Ausdruck beim Reichsbahn tariffsystem finden muß. Das besagt, daß sowohl auf weite wie auf nahe Entfernungen besondere Osttarife geschaffen werden müssen. Da es sich dabei um ein gesamtdeutsches Interesse handelt, weil sonst der deutsche Osten nicht gehalten werden kann, ist von vornherein jede Verufung ausgeschlossen. Will man ernstlich die Zurückdrängung Deutschlands auf die Oderlinie vermeiden, so bleibt nichts anderes übrig.

Im einzelnen ist davon auszugehen, daß es dem Nordosten an Kohle und Eisen fehlt. Man wird also die Gewerbpflanze auf den bodenständigen Erzeugnissen, insbesondere auf dem Holz aufbauen müssen, das im Laufe der Zeiten bereits eine wichtige Grundlage geworden ist. Man könnte im übrigen an Gerbereien und Schuhwarenherstellung, an Herstellung von Hartsteinpflaster denken, wobei das neue Trockenpreßklinkerverfahren zu beachten bleibt. Neben neuen Anlagen, wobei die Verwertung des Holzhydrolyseverfahrens nach Professor Bergius zu erwägen wäre, kommt vor allem die bessere Ausnutzung der vorhandenen in Betracht, wie z. B. Wiederherstellung der Zündholzfabrik in Lauenburg, die viele hundert Arbeiter beschäftigen könnte, Belebung der keramischen Industrie besonders in Lauenburg, der Maschinenfabriken und Reparaturwerkstätten für Landmaschinen, der Wagenbauanstalten.“

Nach einem Hinweis auf die Bedeutung der bodenständigen Binnenmühlen in den landwirtschaftlichen Erzeugungsgebieten hieß es weiter: „Die auch im Interesse der Landesicherheit wünschenswerte Verteilung der gewerblichen Anlagen über das Land, damit sie nicht ohne weiteres die Beute feindlicher Flugangriffe werden können, wird sich ohne gewissen gesetzlichen Zwang nicht durchführen lassen. Dahin würde z. B. die Genehmigungspflicht für Errichtung neuer Industriebetriebe in den großen Städten gehören.“

Brauindustrie.

Wie die hier nachstehende Aufstellung zeigt, sind die gewerblichen Brauereien von 65 im Jahre 1890 auf 55

im Jahre 1900, 46 im Jahre 1910 zurückgegangen. Abermals zehn Jahre später war die Zahl auf 17 zusammengeschrunken und jetzt beträgt sie zehn. Die Brauereien waren 1906 mit der Herstellung von untergärrigem Bier auf dem Gipfel angelangt, als sie 226 000 hl herstellten. Wie der Ausstoß im Kriege dahingeschwunden ist, veranschaulichen die nachstehenden Zahlen. Nach dem Kriege hatte das Jahr 1929/30 den größten Ausstoß (137 202 hl), der jedoch denjenigen der Vorkriegsjahre bei weitem nicht erreicht, während die Steuer für diesen niedrigeren Ausstoß 73 % höher ist als im Jahre 1913/14 mit der höchsten Biersteuerzahlung, die vor dem Kriege vorgekommen ist.

Rechnungsjahr (1. April bis 31. März)	Im Betrieb waren Braue- reien	Von den Brauereien haben vorwiegend bereitet		Mengen des gewonnenen Bieres			Betrag der Brau- bzw. Biersteuer M/RM
		ober- gärriges Bier	unter- gärriges Bier	obergärriges hl	untergärriges hl	zusammen hl	
1890/91	65	39	26	40 515	118 752	159 267	123 772
1900/01	55	30	25	35 382	176 326	211 708	155 191
1910/11	46	22	24	18 719	156 106	174 825	461 935
1913/14	36	14	22	18 773	173 152	191 921	538 197
1915/16	28	6	22	9 017	101 591	110 608	302 154
1916/17	25	5	21	15 303	77 100	92 403	183 123
1917/18	21	9	12	15 201	18 368	33 570	26 612
1918/19	20	8	12	12 842	13 573	30 786	—
				+ 4 369,8 ober- und untergärriges Bier, das nicht getrennt geführt ist			
1919/20	17	11	6	42 564	30 744	73 208	—
1920/21	17	12	4	33 817	21 485	55 302	—
1923/24	15	2	13	7 824	47 386	55 210	—
1924/25	12	1	11	6 519	80 214	86 733	392 700
1925/26	13	2	11	8 732	116 415	114 647	524 720
1929/30	10	—	10	13 507	123 695	137 202	933 405
1930/31	10	—	10	16 521	106 469	122 990	1 147 372
1931/32	10	—	10	11 999	91 578	103 577	983 206
1932/33	10	1	9	12 447	89 532	101 979	874 658

Diamant-Werkzeuge.

Aus den Kreisen der Mitglieder des Verbandes deutscher Diamant-Werkzeug-Fabrikanten und -Händler mehrten sich die Klagen über die Erschwerung des Geschäftsverkehrs und den fortschreitenden Rückgang des Absatzes der Erzeugnisse im Auslande. Die Ausfuhr deutscher Diamant-Werkzeugfabrikate ist z. T. so gut wie unmöglich, was u. a. auf die feindselige Haltung des Auslandes gegenüber deutschen Erzeugnissen zurückzuführen ist. Wird nun der Ausfall ausländischer Aufträge nicht durch vermehrte Inlandaufträge ausgeglichen, dann besteht die Gefahr, daß die Diamant-Werkzeugfabrikanten und -Händler zur Entlassung von Arbeitern schreiten müssen. Dies muß aber gerade in der heutigen Zeit, in der die Reichsregierung bemüht ist, die Arbeitslosenziffer zu senken, unter allen Umständen vermieden werden. Es wird daher von den beteiligten Firmen erwartet, daß sie in Zukunft Diamant-Werkzeuge, Industriediamanten, Ziehsteine, Glaschneidediamanten, Abdrehdiamanten und dergl. nur noch von deutschen Fabrikanten und Händlern kaufen, die deutsche Arbeiter und Angestellte beschäftigen.

Steuerfreiheit und Normung.

Laut Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. 6. 33, Abschnitt II, dürfen bei der Ermittlung des Gewinnes für die Einkommensteuer, Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer alle Aufwendungen, die in der Zeit vom 30. 6. 33 bis 31. 12. 34 zum Erfaß bisher dem Betriebe dienen-

der Maschinen und Apparate durch gleichartige neue Maschinen gemacht werden, unter bestimmten Voraussetzungen in vollem Umfange abgezogen werden.

Damit ist gleichzeitig dem Besteller eine einzigartige Möglichkeit gegeben, sich die Vorteile, die die Verwendung von Normteilen bei Bestellung, Lieferung und Lagerhaltung bietet, zunutze zu machen. Für den deutschen Maschinenbau und die Zubehörteil-Industrie, die fast durchweg auf Herstellung und Lieferung von Normteilen eingestellt sind, wäre es von Vorteil, wenn bei Bestellung neuer Maschinen und Apparate die Verwendung der in Frage kommenden allgemeinen Dinormen oder Fachnormen vereinbart würde. Außer dem Ersatz überalterter Maschinen und Apparate durch zeitgemäße und brauchbare, könnte auf diese Weise auch das zumeist kostspielige, unübersichtliche und viel zu umfangreiche Lager von Erfassteilen auf ein vernünftiges Maß verkleinert werden. Der gewonnene Lagerraum und das freiwerdende Kapital geben dann die Möglichkeit durch Inangriffnahme neuer Aufgaben Arbeitsplätze zu schaffen und zur Belebung der Wirtschaft beizutragen.

Deshalb: nicht nur neue Maschinen beschaffen und dafür Steuerfreiheit genießen — sondern neue Maschinen mit genormten Einzelteilen kaufen und dadurch doppelt sparen und helfen!

Schmiermittel.

Im Rahmen des deutschen Normen-Sammelwerkes sind die „Richtlinien für Einkauf und Prüfung von Schmiermit-

teln" neu herausgekommen. Die Normen geben eine klare Einteilung und Kennzeichnung der Schmiermittel, unterrichten über Verwendungszweck der Schmieröle und Schmierfette sowie über die Anforderungen, die an Schmiermittel zu stellen sind, und enthalten damit alles, was Lieferer, Käufer und Betriebsleute über diese wichtigen Fragen wissen müssen. Die Richtlinien werden für jeden Betrieb, der Schmieröle und -fette herstellt, vertreibt oder verwendet, von Nutzen sein und Chemikern, Ingenieuren und Kaufleuten als Ratgeber gute Dienste leisten können.

Die Normblätter werden durch den gemeinnützigen Beuth-Verlag, Berlin SW. 19, und den Verlag Stahleisen, Düsseldorf, vertrieben. Der Stückpreis beträgt 0,75 RM., der vollständige Satz kostet 20,— RM.

Schützt das Augenlicht!

Viele Menschen müssen im Beruf Schutzbrillen gegen Beschädigung der Augen durch mechanische, physikalische und chemische Einwirkungen tragen, z. B. Steinschläger, Schleifer, Feuerarbeiter und Schweißer. Die Ausföhrung dieser Schutzbrillen ließ häufig viel zu wünschen übrig, insbesondere, weil Schutzbrillen oft nur nach dem Preis, nicht aber nach ihrer Schutzwirkung beurteilt und gekauft wurden. Ein nicht hinreichender Schutz ist aber meist schlimmer als gar kein Schutz, weil der Träger des Schutzmittels sich auf die Schutzwirkung verläßt.

Der Deutsche Normenausschuß hat nun gemeinsam mit den beteiligten Fachkreisen, insbesondere den Berufsgenossenschaften, eine Reihe wichtiger Normen für den Augenschutz festgelegt. In der ganzen Welt einzig dastehend, sind z. B. die einheitlichen Richtlinien, die über die Wirkung von Schutzgläsern gegen Strahlen verschiedenster Art aufgestellt worden sind. Unter den Strahlen sind gerade die nicht sichtbaren, nämlich die ultraviolethen und ultraroten, für das Auge deshalb besonders gefährlich, weil ihre schädliche Wirkung häufig zu spät erkannt wird. Durch die Normung des Strahlungsschutzes ist es möglich, für jede Arbeit, z. B. für elektrisches Schweißen, genau anzugeben, welchen Schutzstufen das Glas entsprechen muß. Daraufhin bestellte Gläser geben, wenn sie mit dem DIN-Zeichen gestempelt sind, vollkommene Gewähr für ausreichenden Schutz.

Außer den Gläsern sind auch für die Schutzbrillen selbst Normen festgelegt worden, z. B. für Schutzbrillen mit Seitenschutz, Schutzbrillen mit Nickfassung und Steinschläger-Schutzbrillen. Für Guppußer-Schutzbrillen und Schutzbrillen für Elektroschweißer sind Normen in Arbeit.

Kalender der Deutschen Arbeit.

Von der Deutschen Arbeitsfront und dem Reichsleiter der NSBO., Staatsrat Schuhmann, wird ein Kalender der Deutschen Arbeit herausgegeben. Wie der Deutsche Arbeiterverband des graphischen Gewerbes mitteilt, ist ihm von der Deutschen Arbeitsfront der alleinige Vertrieb des Kalenders übertragen worden.

Der Kalender erscheint in einer Auflage von 4 Millionen Exemplaren und stellt eine einzigartige Arbeitsbeschaffung dar. Der gesamte Uberschuß aus dem Verkauf wird restlos an die Spende der nationalen Arbeit abgeföhrt.

Wir bitten um Mitteilung der benötigten Stückzahl. Der Preis beträgt 50 Rpf.

Gewerbliche Kreditgewährung der Industriebank.

Vermittler versuchen, sich in steigendem Umfange in die Gewährung der Gewerbekredite der Bank für deutsche Indu-

strie-Obligationen einzuschalten, die bei der Gewährung ihrer Gewerbekredite die Einschaltung von Darlehnsvermittlern unter allen Umständen ablehnt, da die Tätigkeit der Vermittler lediglich eine Verfeuerung der Kreditaufnahme bedeutet, ohne daß damit Vorteile irgendwelcher Art für die Darlehnsnehmer verbunden wären. Die Kreditverhandlungen werden statt über die Vermittler unmittelbar und ausschließlich mit den Interessenten selbst geführt. Ueber diese Einstellung werden im übrigen alle Darlehnsnehmer regelmäßig schon bei Aufnahme der Verhandlungen unterrichtet. Es ist jedoch, da viele Vermittler nach außen hin nicht sichtbar hervortreten, leider nicht in allen Fällen möglich, ihre Zwischenschaltung zu verhüten. Gewisse Vermittler veranlassen die Firmen gelegentlich, sie als ihren Syndikus oder einen sonstigen Angestellten auszugeben, und versuchen dann durch die Vorpiegelung, ihr Kreditantrag würde gefährdet, sie von der direkten Verhandlung mit der Bank abzuriegeln. Da eine wirksame Bekämpfung des Vermittlerunwesens, die im allgemeinen Interesse liegt, nur bei einer nachhaltigen Unterstützung durch die Öffentlichkeit möglich ist, würden wir es sehr begrüßen, wenn der Kammer in vorkommenden Fällen Nachricht gegeben würde.

Bezeichnungsvorschriften für Steppdeckenfüllungen.

Die vom Reichsausschuß für Lieferbedingungen neu herausgegebenen Bezeichnungsvorschriften für Steppdeckenfüllungen (Ostpommerische Wirtschaft 1933, S. 41) sind erschienen und können von dem Beuth-Verlag, Berlin SW. 19, Dresdnerstraße 97 zum Einzelpreis von 20 Pfg. bezogen werden. Bei Mengenbezug wird ein Rabatt gewährt.

Schließt Lehrverträge schriftlich ab!

Fabriklehrverträge.

Wird in gewerblichen Betrieben entgegen der ausdrücklichen Vorschrift der Lehrvertrag nicht schriftlich oder nicht ordnungsmäßig abgeschlossen, so macht sich der Lehrherr nach § 150 Ziffer 4 a der Reichsgewerbeordnung strafbar und begibt sich außerdem gewisser Rechtsvorteile, während er zivilrechtlich wie strafrechtlich gleichwohl für die Einhaltung der übernommenen Pflichten haftbar bleibt. Es ist also sehr wichtig, für den Abschluß sachgemäße Vordrucke zur Verfügung zu haben. Hierfür ist den Industriebetrieben des Kammerbezirks die Benutzung der vom Verband mitteldeutscher Industrie- und Handelskammern verfaßten Fabriklehrverträge zu empfehlen, die aus der Brandenburger Druck-Act Ges., Brandenburg Havel durch den Buchhandel oder auch wo dies nicht möglich ist, durch unsere Kammer zu beziehen sind.

Kaufmännische Lehrverträge.

Auch bei kaufmännischen Lehrverträgen kann der Prinzipal Ansprüche gegen den Lehrling nur geltend machen wenn der Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen ist. Für die Befreiung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und die Gewährung des Kindergeldes für Beamte der Reichsbahn, Post, usw. ist sowohl beim gewerblichen wie beim kaufmännischen Lehrvertrag Schriftlichkeit des Lehrvertrages Voraussetzung.

Schon seit vielen Jahren empfiehlt daher die Kammer den schriftlichen Abschluß kaufmännischer Lehrverträge. Ein Muster hierfür hat die Kammer den Buchdruckereien des Kammerbezirks übersandt.

Schuldnerverzeichnis.

— Sonderbeilage der Ostpommerschen Wirtschaft —

Offenbarungseide, Haftbefehle, Konkursanträge.

(Ohne Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit. Berichtigungsanträge sind bei den Amtsgerichten zu stellen.)

Nachstehend bringen wir Fortsetzungen der Listen über die geleisteten Offenbarungseide, die ergangenen Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides und die mangels Masse abgelehnten Konkursanträge.

Für die letzten fünf Jahre liegen diese drei Verzeichnisse ebenfalls vor. Firmen, die Interesse daran haben, erhalten in Einzelfällen Auskunft von der Kammer nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen.

Nachdruck der Verzeichnisse — auch auszugsweise — ist verboten.

Die Schuldnerlisten gehen nur den zur Kammer wahlberechtigten Firmen zu, und zwar denjenigen, die eine Gebühr von jährlich 3 RM. eingesandt haben. Diese sind verpflichtet, die Schuldnerlisten weder zu vertreiben, noch zur Einsichtnahme durch einen unbestimmten Personenkreis auszuliegen.

Amtsgericht Bad Polzin.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Großmann, Georg, Friedhofsgärtner, Bad Polzin (12. 8.)
Pich, Helene, Kaufhaus, Bad Polzin, Brunnenstr. 23 (14. 9.)
Rückert, Anna geb. Fagin, Witwe, Bad Polzin (29. 7.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
Frank, Berta geb. Köppen, Frau, Arnhausen (2. 8.)
Frank, Julius, Landwirt, Gr. Rambin (17. 7.)
Großmann, Ehefrau des Friedhofsgärtners, Bad Polzin, Bergstraße (19. 7.)
Haack, Mag., Händler, Bramstädt (19. 7.)
Krüger, Anna, Fischhändlerin, Bad Polzin (13. 9.)
Prochnow, Witwe, Kolonialwaren, Gr. Poplow (26. 7.)
Steinhaus, Richard, Schlosser, Bad Polzin (31. 8.)

Amtsgericht Bärwalde.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Origalski, Hermann, Arbeiter, Kölpin, Arbeitsdienstlager (4. 8.)
Flemming, E., Schmiedemeister, Gr. Krössin (12. 7.)
Radolf, Gerhard, Gastwirt, Bärwalde (2. 8.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
Blödorn, Karl, Pächter (29. 9.)
Heinecke, Ella, Bärwalde (9. 6.)
Mellenthin, Walter, Pferdehändler, Bärwalde (29. 9.)
Nas, Albert, Fleischermeister, Bärwalde (22. 9.)
Wentke, Bruno, Zülkenhagen, Molkerei (23. 6.)

Amtsgericht Belgard/Perf.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Manke, Emil, Schmiedemeister, Belgard, Hindenburgstr. 2 (11. 8.)
Neuenfeldt, Erna, Hausmädchen, Belgard, Körnerstraße 9 (5. 9.)
Desterreich, Fritz, Installateur, Belgard, Heerstr. (9. 8.)
Rach, Elisabeth geb. Marquardt, Ehefrau, Kösternitz, Kr. Belgard (18. 8.)
Summa, Herbert, Glasreinigermeister, Belgard Gartenstr. 36 (11. 9.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
Borth, Johannes, Tischler, Roggow, Kr. Belgard (5. 8.)
Garchow, Erhard, Ingenieur, Belgard, Friedrichstr. (18. 8.)
Garßke, Leo, Versorgungsanwärter, Belgard, Fabrikstr. 6 (11. 9.)
Gast, Klempnermeisterfrau, Belgard, Friedrichstr. 60 (15. 9.)
Jeske, Fritz, Expeditur, Belgard, Körnerstr. 33 (4. 8.)
Leißke, Gustav, Kamissow, Kr. Belgard (4. 8.)
Reißel, Ernst, Maurermeister, Belgard (4. 8.)
Schulz, Emil, Arbeiter, Kösternitz (25. 7.)
Schulz, Hugo, Belgard, Wilhelmstr. 38 (28. 7.)
Sense, Hubert, Installateur, Gr. Rambin (3. 10.)

Amtsgericht Bublitz.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Dittberner, Anna geb. Kröning, Bublitz (22. 9.)
Garbe, Max, Tagelöhner, Alkerhof (25. 8.)
Hahn, Albert, Bublitz, Oberstadt 64 (17. 7.)
Sielaff, Wilhelm, Bublitz, Friedhofsbaracken (20. 7.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
Dießner, Arthur, Bublitz, Schulstr. (5. 7.)
Klein, Hermann, Abdeckereibesitzer, Bublitz (16. 8.)
Mielke, Paul, Schneidermeister, Kurow (25. 8.)
Pötrah, Kurt, Installateur, Bublitz (22. 9.)
Scherbarth, Walter, Gutsbesitzer, Verfin (9. 8.)

Amtsgericht Bütow.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Baum, Leo, Kaufmann, Altkolziglow (15. 9.)
Kieper, Minna, Ehefrau, Guskow (4. 8.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
Bajowski, Reinhold, Gr. Tuchen (6. 7.)
Dahlke, Erich, Fahrradhandl., Altkolziglow (5. 10.)
Draht, Ewald, Fahrradhandl., Altkolziglow (28. 7.)
Goldstrom, Alfred, Kaufmann, Bütow (10. 8.)
Goldstrom, Rosa, Frau, Bütow (29. 6.)
Greifendorf, Berta, Witwe, Poberow (8. 9.)
Hartmann, Paul, Provisionsagent, Bütow, Schulstraße 17 (15. 9.)
Hossensfelder, Ernst, Gr. Tuchen (5. 10.)
von Ostrowski, Maria, Wwe., Bütow, Lazarettstr. 4 (29. 7.)
Post, Elisabeth, Fräul., Reddies (1. 9.)
Sawitzki, Aug., Fischereipächter, Sommin (1. 9.)
Sawitzki, Fritz, Fischereipächter, Sommin (28. 7.)
Styp von Nekowski, Wally, Bütow (28. 9.)
Weyerke, Fritz, Kaufhaus, Al. Tuchen (20. 7.)
Willasch, Albert, Damerkow (7. 7.)

Amtsgericht Dramburg.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Gräber, Erich, Arbeiter, Dramburg, Labeiser Chaussee 11 (25. 2.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
Dittmer, Kanzleiaffistent a. D., Dramburg (27. 7.)
Hildebrandt, Selma, Dramburg, Wangeriner Chaussee (3. 7.)
Kiesow, Willi, Restaurateur, Dramburg, Gr. Mühlenstr. 49 (19. 9.)
Kleinschmidt, Erich, Konditoreibesitzer, Dramburg, Markt 10 (3. 7.)
Köfters, Ferdinand, Schneidermeister, Dramburg (11. 9.)

Leege, Reinhold, Händler, Dramburg, Falkenburger Chaussee 13 (4. 9.)
 Reich, Max, Dramburg, Markt 2 (27. 7.)
 Rieck, Paul, Dramburg (2. 9.)
 Schumann, Ernst, Gastwirt, Dramburg (11. 9.)
 Vollmer, Max, Gutsbesitzer, Carpen, Kreis Dramburg (14. 8.)

Amtsgericht Falkenburg.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Cörlin, Erna geb. Lucht, Falkenburg (21. 9.)
 Dröse, Margarete geb. Clausen, Falkenburg (26. 7.)
 Hinz, Ottilie, Frau, Falkenburg (24. 7.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Apitz, Karl, Unternehmer, Wusterwiß (8. 8.)
 Engel, Ludwig, Naturheilkundiger, Falkenburg (19. 9.)
 Krause, Elisabeth, Frau, Falkenburg (5. 9.)
 Marg, Georg, Kaufmann, Gr. Linichen (8. 8.)
 Wiedenhaupt, Hans, Falkenburg, Papenstr. 8 (3. 10.)
 Zorn, Oswald, Falkenburg (18. 7.)
 Zunker, Ernst, Schuhmachermeister, Virchow (8. 8.)

Amtsgericht Kallies.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Keine.

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Keine.

Amtsgericht Körlin/Perf.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Brefler, Herta, Schneiderin, Stolzenberg (14. 9.)
 v. Mrojewski, Alwine geb. Glodowski, Witwe, Moihelfitz (7. 9.)
 Ott, Ernst, Gastwirt, Körlin (18. 9.)
 Otte, Albert, Hofgänger, Emmasthal (31. 8.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Bülter, Max, Kaufmann, Petershagen (27. 7.)
 Lehmann, Meta, Körlin, Poststr. 29 (14. 7.)
 Leistner, Philipp, pr. Tierarzt, Körlin, Schloßstr. 11 (17. 8.)
 Reimer, Otto, Damiß (10. 8.)

Amtsgericht Köslin.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Borchardt, Karl, Friseur, Köslin, Regierungsstr. 4 (8. 9.)
 Felske, Elisabeth geb. Schröder, Ehefrau, Köslin, Buchwaldstraße 6 (22. 8.)
 Fischer, Otto, Fleischermeister, Köslin, Annenstr. 11 (14. 7.)
 Fuchs, Karl, Kaufmann, Köslin, Rogzower Allee 26 (6. 7.)
 Bradke, Willy, Gasthof und Kolonialwaren, Schwessin (13. 9.)
 Horstmann, Johannes, Steuerberater, Köslin, Schützenstr. 12 (22. 9.)
 Lambrecht, Minna, Witwe, Steglin (10. 7.)
 Müller, Arno, Köslin, Runder Teich 42 (29. 7.)
 Ruhnke, Bruno, Chauffeur, erwerbslos, Rogzow, Lindenstr. (22. 9.)
 Scholz, Richard, Kaufmann, Köslin, Markt 9 (30. 6.)
 Schumacher, Bertha geb. Vehrke, Ehefrau, Köslin, Al. Baustraße 22 (8. 9.)

Wolk, Walter, Schmiedemeister, Köslin, Runder Teich 42 (7. 9.)
 Zander, Wilhelm, Landwirt, Gollendorf-Abbau (22. 9.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Boldt, Berthold, Landw., Köslin, Gartenheim 1 (18. 8.)
 Burow, Max, Nest (26. 8.)
 Cornelius, Ellly, Buchhandl., Janow, Breitestr. 157 (18. 8.)
 Cornelius, Hermann, Janow, Breitestr. 157 (31. 8.)
 Dumke, Rudolf, Bäckermeister, Köslin, Rogzower Allee (18. 8.)
 Essig, Max, Kaufmann, Köslin, Danzigerstr. 3 (30. 6.)
 Fiß, Herbert, Inh. der Zementfabrik Emil Fiß, Borkenhagen (22. 9.)
 Geske, Arthur, Verkäufer, Köslin, Basterweg 61 (15. 9.)
 Geske, Artur, Kaufmann, Köslin (8. 9.)
 Gradtke, Minna, Ehefrau, Schwessin (15. 9.)
 Großmann, Gerhard, Köslin, Damschkestr. 20 (18. 8.)
 Harke, Kurt, Kaufmann, Köslin, Fabrikstr. 10 (4. 9.)
 Krueger, Bodo, Landwirtschaftsinspektor, Köslin, Lothringerstraße 7 (18. 8.)
 Kuhk, Fritz, Firma, Eisenwarenhandlung, Köslin, Hohetorstr. 49/51 (22. 7.)
 Onnasch, Traugott, Kaufmann, Köslin, Neue Bahnhofstr. 7 (15. 9.)

Peter, Friedbert, früh. Bäckerm., Seidel (11. 8.)
 Pieper, Johannes, Schmiedemeister, Janow (13. 9.)
 Rieger, Paul, Kaufmann, Köslin, Markt 5 (22. 9.)
 Riemann, Eugen, Bäckereibesitzer, Steglin (20. 9.)
 Dr. Sawitzky, Heino, Zahnarzt, Janow (23. 9.)
 Scheunemann, Otto, Schneidermeister, Altbeltz (14. 9.)
 Schmah, Karl-Ulrich, Gr. Möllen (7. 7.)
 Schneider, Walter, Köslin, Rogzower Allee 40 II (8. 9.)
 Strenzke, Otto, Mühlenbesitzer, Gölz (15. 9.)
 Venzke, Anton, Schmiedemeister, Sorenbohm (8. 9.)
 Vierkant, Martin, Altbeltz (4. 8.)
 Vierkant, Mathilde geb. Boje, verw. Dachdeckermeister, Köslin, Buchwaldstr. 29 (7. 7.)
 Weitenhagen, E., Reichsbahnsekr., Köslin, Buchwaldstr. 18 (29. 7.)
 Wellßow, Willi, Kolonialwaren, Köslin, Wilhelmstraße 12 (8. 9.)

Amtsgericht Kolberg.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Blank, Hermann, geb. 25. 12. 1895, Gastwirt, Kolberg, Voßgang 25 (18. 7.)
 Christoph, Anni, Frä., Kfm., Kolberg, jetzt Parkstr. 24 (8. 9.)
 Eggert, Erna geb. Rose, geb. 1. 4. 1904, Kolberg, Wallstr. 64 (18. 8.)
 Frank, Gustav, geb. 14. 10. 1876, Hafenarbeiter, Kolberg, Salzberg 16 b (20. 7.)
 Henke geb. Truhn, Frau, Kolberg, II. Pfannschmieden 19 (25. 8.)
 Kraftwagenverkehr Henkenhagen G. m. b. H. in Henkenhagen, vertreten durch Geschäftsführer Julius Lau, geb. 17. 1. 1870, Kolberg, Wilhelmstr. 6 a (10. 7.)
 Lange, Friedrich, geb. 17. 5. 1898, Kaufmann, Kolberg, Körnerstraße 1 a und 26 (26. 7.)
 Porsch, Anton, geb. 4. 6. 1887, Schneidermeister, Kolberg, Börsenstr. 4 (25. 7.)
 Porsch, Clara geb. Brenning, geb. 28. 1. 1892, Kolberg, Börsenstraße 4 (25. 7.)
 Przygodda, Alfred, geb. 14. 8. 1908, Vertreter, Kolberg, Hohe Bergschanze 12 (26. 8.)
 Redies, Susanna geb. Beyer, geb. 22. 3. 1899, Frau, Charlottenhof (3. 8.)

Scheel, Magdalene, Ehefrau, Kolberg (13. 9.)
 Schulz, Ulrich, Rofschlächter, Kolberg, I. Pfannschmieden 22 (28. 8.)
 Schwantes, Klara geb. Gottwald, geb. 2. 7. 1874, Frau, Kolberg, Blücherstr. 12 a (18. 8.)
 Sputh, Paul, geb. 21. 10. 1896, Vulkaniseur, Kolberg, jetzt verl. Wendensstr. 6 (24. 8.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Allenbach, David, Brenow (7. 7.)
 Behrendt, Joh., Drosedow (19. 7.)
 Brümmer, Willy, Fleischer, Henkenhagen (19. 8.)
 Buchweiß, Karl, Schuhmacher, Kolberg, Schmiedestraße 4 (31. 8.)
 Dahlke, Otto, Gastwirt, Kolberg, Lindenallee 45 (15. 8.)
 Färber, Walter, Mechenthin (6. 7.)
 Fischer, Algahe, Frau, Kolberg, Oberwallstr. 72 (20. 7.)
 Freitag, Gustav, Fischermeister, Kolberg, Hafenstraße 11 (15. 7.)
 Gehrt, Max, Mühlenbesitzer, Karlsberg (21. 9.)
 Gehrt, Ehefrau, Karlsberg (21. 9.)
 Graeger, Bernhard, Geschäftsführer für die frühere Fa. Graeger G. m. b. H., Kolberg, Wernerstr. 3 (16. 9.)
 Griefe, Marie, Frau, Kolberg, Körlinerstr. 34 a (6. 7.)
 Hannemann, Ida, Witwe, Kolberg, Kummertstr. 3 (21. 9.)
 Hinz, Erika, Kolberg, Steintorstr. 8 (13. 9.)
 Holz, Otto, Kolberg, Domstr. 24 (7. 9.)
 Janke, Thelka, Frau, Kolberg, II. Pfannschmieden 19 (27. 7.)
 Josupeit, Bruno, Kellner, Kolberg, II. Pfannschmieden 29 (21. 9.)
 Maaß, Theodor, Polizeiaffistent, Kolberg, Lübeckerweg 39 (14. 7.)

Maaß, Ehefrau, Kolberg, Lübeckerweg 39 (14. 7.)
 Marten, Max, Kolberg, Domstr. (7. 9.)
 Molzahn, Fritz, Henkenhagen (1. 8.)
 Müller, Hans, Kolberg, Heydestr. 1 (13. 7.)
 Müller, Marieluise, Frau, Kolberg, Heydestr. 1 (13. 7.)
 Neißel, Paul, Henkenhagen (13. 9.)
 Nemitz, Ernst, Landwirt, Henkenhagen (1. 8.)
 Niederschuh, Marie, Frau, Schneidermeisterin, Kolberg, Heydestr. 6 (13. 7.)
 Plath, Robert, Kaufmann, Kolberg, Baustr. 5 (15. 8.)
 Pren, Fritz, Fischermeister, Kolberg, Vogelsang 12 (22. 8.)
 Quaack, Alfred, Kolberg, Parkstr. 24 (8. 8.)
 Rahow, Elfriede, Kolberg, Friedrichstr. 6 (31. 8.)
 Richard, Ernst, Kaufmann, Henkenhagen (23. 8.)
 Scheel, Otto, Kolberg, Treptower Chaussee 11 (31. 8.)
 Schulz, Gertrud, Witwe, Kolberg, Bahnstr. (8. 7.)
 Schulz, Hans, Kolberg, Kummertstr. 37 (8. 8.)
 Schuster, Erwin, Kaufmann, Kolberg, Luisenstr. (15. 8.)
 Seelig, Gertrud, Frä., Kolberg, Schillstr. (21. 9.)
 Seiffert, Walter, Kolberg, Mühlenpost 3 (13. 9.)
 Senf, Elfriede, Kolonialwarengeschäft, Altwerder (20. 7.)
 Steinhorst, Willy, Arbeiter, Preßmin (6. 7.)
 Strehlow, Paul, Kolberg, Tennishaus (8. 8.)
 Strübing, Johannes, Obsthändler, Kolberg, Roonstr. 8 (13. 7.)

Treichel, Martha geb. Mühlbrodt, Kolberg, Stubbenhagen 25 (31. 8.)
 Unterspann, Willy, Versorgungsanwärter, Kolberg, Hücke 1 (6. 7.)

Voth, Paul, Tapeziermeister, Gribow (7. 7.)
 Weske, Otto, Tischlermeister, Zernin (30. 6.)

C. Mangels Masse

abgelehnte Anträge auf Konkurseröffnung.
 Pohl, Otto, Kaufm., Kolberg, Steffinerstr. 29 (21. 8.)

Amtsgericht Lauenburg.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Schmöckel, Franz, Bäckermeister, Lauenburg, Schützenstr 11 (27. 7.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Drafz, Wilhelm, Tapezier, Lauenburg, Adolf Hitlerstraße 39 (27. 9.)

Durdel, Willy, Mickrow, Krs. Stolp (18. 7.)
 Grünberg, Photograph, Lauenburg, Hermann-Priesterstr. 24 (12. 7.)

Herbon, Dachdecker, Pöbloß, Krs. Stolp (1. 8.)
 Leick, Walter, Schmiedegeselle, Großrakitt, Krs. Stolp (29. 8.)

Liebeck, Ewald, Händler, Leba (12. 9.)
 Liskow, Meta, Ehefrau, Leba (19. 9.)
 Obersteller, Adolf, Restaurateur, Neuendorf (1. 8.)
 Pallas, Ernst, Bäckermeister, Lauenburg, Kaiserstraße (18. 7.)

Schmalz, Klara, Viehhändlerchefrau, Lauenburg, Büchnerstraße 1 (24. 8.)
 Schmalz, Richard, Viehhändler, Lauenburg, Büchnerstraße 1 (24. 8.)

Schröder, Willi, Luggewiese-Brück (4. 7.)
 Schulz, W., Uhrmacher und Juwelier, Lauenburg (29. 8.)
 Schumacher, Camelia, Ehefrau, Lauenburg, Sophienstr. 50 (18. 7.)

Schumacher, Hans, Lauenburg, Sophienstr. 50 (18. 7.)
 Tominski, Albert, Lauenburg, Danzigerstr. 4 (12. 9.)
 Weiß, Marta, Fräulein, Lauenburg, Blumenstr. 18 I (18. 7.)

C. Mangels Masse

abgelehnte Anträge auf Konkurseröffnung.
 Schwinke, Eduard, Lauenburg, Krs. Lauenburg (27. 7.)

Amtsgericht Neustettin.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Barz, Hannchen geb. Beu, Neustettin (16. 8.)
 Beyer, Albert, Schneider, Mössin (22. 9.)
 Bülow, Emilie geb. Manthen, Neustettin, Brauerstr. 4 (19. 7.)
 Bülow, Emma, Hausangestellte, Neustettin, Stellerstraße 7 (19. 7.)

Damrau, Antonie geb. Ließ, Großküdde (19. 7.)
 Drews, Kurt, Maurergeselle, Neustettin, Köslinerstraße 79 (17. 8.)

Haak, Ludwig, Förster und Landwirt, Eschenriege (12. 7.)
 Lübeck, Ida geb. Pommerening, Neustettin, Grünstr. 3 (9. 8.)
 Maleißke, Willi, Landwirt, Klingbeck (8. 7.)
 Michaelis, Meta, Neustettin, Preußischestr. 2 (8. 8.)
 Pommerening, Paul, Arbeiter, Eschenriege (9. 8.)
 Thiel, Hermann, Zimmermeister, Neustettin, Klosterweg (20. 9.)

Unke, Gertrud geb. Wego, Ehefrau, Spee bei Juchow (9. 8.)
 Unke, Richard, Arbeiter, Persanzig Abb. (26. 7.)
 Wagner, Arno R., Kaufmann, Neustettin, Kirschweg 6 (1. 9.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.

Bettin, Friedrich, Arbeiter, Persanzig (19. 7.)
 Bruffat, Erich, Storkow (12. 9.)
 Dahlke, Agnes, Witwe, Giffolk (19. 7.)
 Drews, Paul, Tischler, Neustettin, Klosterweg (15. 9.)
 Klugmann, Witwe, Neustettin, Bahnhofstr. 28 (3. 7.)
 Krämer, Max, Lackierer, Neustettin, Köslinerstr. 42 (13. 7.)
 Lünser, Emilie geb. Henning, Neustettin, Bahnhofstraße 13 (15. 7.)

Miethe, Landwirt, Neustettin, Köslinerstr. (9. 8.)
 Nitsche, Josef, Molkereipächter, Thurow (31. 8.)
 Nögel, Gustav, Vertreter, Neustettin, Köslinerstr. (26. 7.)
 Oelschlegel, Wilhelm, Firma, Neustettin, Bahnhofstr. (26. 7.)
 Oldenburg, Otto, Kaufmann, Mössin (9. 8.)
 Paperlein, Töpfermeister, Neustettin, Grünstr. 23 (15. 7.)
 Paßwald, Irmgard, Neustettin, Köslinerstr. 32 (27. 7.)
 Pieper, Paul, Gutsbesitzer, Persanzig (26. 7.)
 Radtke, Richard, Landwirt, Steinförth Abb. (31. 8.)
 Rosenow, Wilhelm, Soltnitz Abb. (19. 7.)
 Schulz, Franz, Schmiedemeister, Gellin (17. 7.)
 Wiese, Witwe, Neugönne (9. 8.)
 Winneg, Franz, Schmiedemeister, Neustettin (15. 7.)
 Zieroth, August, Kl. Rüdde (31. 8.)
 Zieroth, Heinrich, Altsitzer, Kl. Rüdde (12. 9.)

Amtsgericht Pollnow.

A. Geleistete Offenbarungseide.
 Biedrichki, Franz, Forstarbeiter, Friedensdorf (8. 8.)

B. Haftbefehle
 zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Bühlke, Paul, Pollnow (6. 7.)
 Kröhlting, W., Sydow (6. 7.)

Amtsgericht Rahebuhr.

A. Geleistete Offenbarungseide.
 Lisiecke, Josephine geb. Salewski, Rahebuhr (31. 8.)

B. Haftbefehle
 zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Dickert, Hermann, Chauffeur, Rahebuhr (21. 7.)
 Dr. Doellerst, Arthur, Berlin, Fürtherstr. 4 II (29. 7.)
 Sprung, Karl, Bahnhofswirt, Rahebuhr (28. 7.)

Amtsgericht Rügenwalde.

A. Geleistete Offenbarungseide.
 Gußmann, Richard, Kraftwagenführer, Rügenwalde (22. 9.)
 Neubüser, Herta geb. Dubberke, Rügenwalde (22. 9.)
 Scheil, Amalie, Kolonialwarenhändlerin, Rügenwaldermünde (22. 7.)

B. Haftbefehle
 zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Braun, Willi, Sattlermeister, Rügenwalde (4. 8.)
 Gußmann, Walter, Wurstfabrik, Rügenwalde (25. 8.)
 Parnow, Walter, Buchbinder, Rügenwalde (30. 6.)
 Pickruhn, Walter, Gastwirt, Rügenwalde (25. 8.)

Amtsgericht Rummelsburg/Pom.

A. Geleistete Offenbarungseide.
 Blank, Anna, Frau, Rummelsburg, Bahnhofstr. 13 (20. 7.)
 Krey, Reinhold, Reichsbahnassistent i. R., Klein-Volz (22. 8.)
 Panneiß, Walter, Kaffeehausbes., Rummelsburg (1. 9.)

B. Haftbefehle
 zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Friedrichsdorff, Wilhelm, Fischereipächter, Hammermühle (11. 7.)
 Hoffmann sen., Theofil, Altsitzer, Klein-Volz (4. 7.)
 Krey, Marie, Klein-Volz (22. 8.)
 Pörmann, Otto, Geschäftsinhaber, Viartlum (8. 8.)
 Schwuchow, Paul, Kontrollbeamter, Rummelsburg (18. 7.)
 Steffen, Richard, Mühlenbesitzer, Wustrow (15. 8.)
 Toßke, Reinhold, Gastwirt, Dulzig (28. 8.)

Amtsgericht Schivelbein.

A. Geleistete Offenbarungseide.
 Wolfgram, Julius, Schneidermeister, Schivelbein (13. 7.)

B. Haftbefehle
 zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Arndt, Max, Schlosser, Schivelbein (30. 1.)
 Bugke, geb. Jahn, Schivelbein (22. 8.)
 Kallies, Walter, Maurer, Schivelbein (22. 8.)
 Kizio, Horst, Steuerberatersohn, Schivelbein (30. 6.)
 Kleist, Marie, Ehefrau, Schivelbein (7. 9.)
 Koch, Paul, Tischlermeister, Schivelbein (19. 9.)
 Plösch, Richard, Gastwirt, Schivelbein, Bahnhofstr. (6. 7.)
 Schmidt jr., Heinrich, Grössin (10. 8.)
 Weiher, Walter, Schuhmacher, Schivelbein (25. 7.)

Amtsgericht Schlawa.

A. Geleistete Offenbarungseide.
 Keine.

B. Haftbefehle
 zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Barßke, Ernst, Gastwirt, Bräunnow (1. 9.)
 Grunz, Artur, Fleischermeister, Peest (11. 8.)
 Küster, Wilhelm, Rentier, Bartin (1. 9.)
 Pagel I, Emil, Eigentümer, Krolowstrand (29. 9.)
 Pagel I, Marie, Eigt.-Ehefrau, Krolowstrand (29. 9.)
 Strauß, Erich, Gastwirt, Nizlin (1. 9.)

Amtsgericht Stolz.

A. Geleistete Offenbarungseide.
 Deneke, Richard, Elektriker, Glowitz (31. 8.)
 Dulkies, Fritz, Kapitän der Heilsarmee, Stolz, Hospitalstr. 22 (15. 8.)
 Dulkies, Maria, Ehefrau, Stolz, Hospitalstr. 22 (15. 8.)
 Duske, Herta geb. Ziehlke, Ehefrau, Gr. Brückow (19. 7.)
 Grunzt, Willi, Schlossergeselle, Stolz, Schlauerstr. 29 (20. 7.)
 Hirschke, Ehefrau, Frieda, Lossin (12. 9.)
 Hoffmann, Walter, Stolz, Schulstr. 5 (26. 7.)
 Holß, Karl, Kaufmann, Poganiß (15. 9.)
 Horn, Willi, Landwirt, Schorin (1. 9.)
 Kochs, Hubert, Geschäftsführer, Stolz, Kl. Gartenstraße 7 (19. 8.)
 Kölping, Hedwig, Frl., Stolz, Uhlandstr. 8 (13. 7.)
 Krause, Elisabeth, Stickerin, Stolz, Küsterstr. 27 (13. 7.)
 Krüger, Max, Handelsvertreter, Stolz, Probststr. 11 (27. 7.)
 Kuhn, Trudchen, Stohentin b. Gr. Garde (4. 8.)
 Selke, Paul, Arbeiter, Wend. Buckow (4. 9.)
 Spieckermann, Franz, Maurer, Stolz, Steinstr. 24 (14. 8.)

B. Haftbefehle
 zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Behrendt, Ferdinand, Arbeiter, Stolz, Flugplatz, Haus 2, Stube 33 (13. 9.)
 Beyersdorff, Max, Kaufmann, Stolz, Präsidentenstr. 32 a (12. 8.)
 Braun, Heinrich, Sattler, Stolz, Holstentorstr. 8 (13. 7.)
 Breeßch, Ehefrau, Stolz, Bergstr. 10 (28. 7.)
 Brust, Oskar, Stolz, Steinstr. 49 (27. 9.)
 Buchholz, Walter, Architekt, Stolz, Hindenburgstr. 7 (12. 9.)
 Burdack, Wilhelm, Stolz, Bahnstr. 3 (9. 8.)
 Denzer, Hans, Stolz, Münde, Mittelstraße (12. 9.)
 Durdel, Karl, Inh. einer Tabakwarenhandlung, Kubliß (7. 7.)
 Ebel, Wilhelm, Kaufmann, Stolz, Wilhelmstr. 17 (28. 7.)
 Eberhardt, Max, Stolz, Amtsstr. 6 (13. 7.)
 Engel, Otto, Stolz, Holstentorstr. 9 (13. 7.)

Felgner, Friß, Stolp, Gr. Gartenstr. 43 (12. 9.)
 Finn, Wilhelm, Schuhmacher, Alt-Damerow (13. 7.)
 Fischer, Erwin, Gastwirt, Dammern (12. 9.)
 Großmeiler, Franz, Kaufmann, Stolp, Töpferstadt 28 (22. 9.)
 Höppner, Wilma, Frä., Stolp, Poetensteig 14 (7. 7.)
 Holz, Emma, Ehefrau, Stolp, Schlageterstr. 3 (7. 8.)
 Hoppe, Konrad, Stolp, Gartenstr. 13 (1. 9.)
 Janz, Emil, Schmiedemeister, Rathsdamm 13 (1. 9.)
 Jasper, Franz, Bäckermeister, Stolp, Petristr. 17 (12. 9.)
 Jost, Heinrich, Fischereiaufscher, Brenkenhofsthal (28. 8.)
 Kamischke, Erich, Stolp, Petrikirchsteig 13 (7. 8.)
 Kerbs, Paul, Stolp, Bellingstraße (12. 8.)
 Köhn, Willi, Kaufmann, Stolp, Friedrichstr. (7. 7.)
 Kowalke, Willi, Stolp, Töpferstadt 17 (28. 8.)
 Krack, Friß, Kaufmann, Jeserich (28. 7.)
 Kritsch, Walter, Motorbootsbesitzer, Gr. Garde (13. 7.)
 Kroemke, Alfred, Stolp, Friedrichstr. 39 (28. 9.)
 Krüger, Willy, Stolp, Blumenstr. 15 (28. 7.)
 Lämmerhirt, Bernhard, Inh. der staatl. konz. Apotheke, Rathsdamm 13 (9. 8.)
 Laß, Elise, Ehefrau, Kl. Ganssen (Bäckerei) (7. 8.)
 Leske, Paul, Kaufmann, Stolp, Schillerstr. 18 (8. 7.)
 Loch, Emil, Vertreter, Stolp, Kirchplatz 15 (11. 7.)
 Loch, Gertrud geb. Schlecht, Stolp, Kirchplatz 15 (28. 7.)
 Lohrenz, Frieda, Frä., Stolp, Schulstr. 2 (17. 8.)
 Loll, Lehrer, Stolp, Blumenstr. 11 (13. 9.)
 Mews, Heinrich, Stolp, Yorkstr. 2 (17. 8.)
 Mitešky, Paul, Polizeibeamter, Stolp, Waldemarstraße 14 (13. 9.)
 Nohke, Herbert, Stolp, Paradiesstr. 4 (17. 7.)
 Oestreich, Wilhelmine, Ehefrau, Stolp, Bachstr. 8 (9. 8.)
 Rach, Erich, Maurer, Stolp, Probststr. 14 (13. 9.)
 Raddaß, Alwin, Tapezierermeister, Stolp, Strippentowstr. 33 (17. 7.)
 Remus, Minna, Stolp, Grüner Weg (31. 8.)
 Rohweder, Hermann, Schauffeller, Stolp, Grüner Weg (21. 7.)
 Saß, K. A., Schmolsin (13. 9.)
 Schlenger, Heinz, Kaufmann, Stolp, Sandberg 24 (17. 7.)
 Schröder, Willy, Fotograf, Stolp, Fischerstr. 8 (21. 7.)
 Schulz, Anna geb. Beyer, Ehefrau, Kubliß (22. 9.)

Stegert, Frieda, Frau, Stolp, Küsterstr. 29 (13. 7.)
 Steingräber, Gerhard, Kaufmann, Stolp, Gr. Zuckerstr. 42 (12. 9.)
 Spieckermann, August, Maurer, Stolp, Turnvater Jahnstr. 19 (9. 8.)
 Spieckermann, W., Stolp, Hitlerstr. 35 (28. 9.)
 Winterfeld, Hermann, Stolp, Langestr. 56/57 (30. 9.)
 Witthaus, Arthur, Speisehausinhaber, Stolp, Hitlerstr. 29 I (14. 9.)
 Witthaus, Edith, Ehefrau, Stolp, Hitlerstr. 29 (17. 7.)
 Ziemann, Reinhard, Gastwirt, Klein-Ganssen (7. 8.)

Amtsgericht Tempelburg.

A. Geleistete Offenbarungseide.

Heyn, Siegfried, Bäcker, Tempelburg (27. 7.)

B. Haftbefehle

zur Erzwingung des Offenbarungseides.
 Güßlaß, Friß, Elektromonteur, Lindenhof b. Tempelburg (8. 9.)

Hahn, Otto, Hotelbesitzer, Alt-Draheim (31. 7.)
 Krause, Friß, Viehhändler, Tempelburg (18. 8.)
 Pfeffer, Marie, Frau, Heinrichsdorf (29. 9.)
 Piske, Hugo, Schneider, Tempelburg (25. 8.)
 Wrase, Otto, Kaufmann, Weinberge (22. 9.)

Steuer- u. Buchführungstelle der Industrie- u. Handelskammer zu Stolp, Bismarckplatz 19, II

Mündliche und schriftliche
Auskunft
 in sämtlichen Fragen des Steuerwesens
 und der Buchführung.

Beratung
 in allen Steuerangelegenheiten.

Ausarbeitung
 von Steuererklärungen,
 Einsprüchen, Berufungen, Beschwerden.

Mitwirkung
 bei Gesellschaftsverträgen u. Testamenten.

**Einrichtung
 und laufende Instandhaltung**
 der Buchführung: Abschlüsse, Bilanzen
 Buchprüfungen.

Honorar nach Vereinbarung.
 Laufende Bearbeitung von Steuer- und
 Buchführungsfragen
 gegen monatliche Pauschalvergütung.

Sprechstunden täglich von 9—1 Uhr und 4—6 Uhr. Sonnabend nachmittags geschlossen.
 Rechtzeitige vorherige Anmeldung von Besuchen erbeten.

— Fernsprecher 2285 —

